

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 5. März 1932

36. Jahrgang

Nummer 10

Außerordentlicher Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn 9.30 Uhr

Tagesordnung:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundesjahrgang ist den Verbandsvorständen überlassen.
Der Bundesvorstand, Leipz. art.

Am 13. März Reichspräsidentenwahl!

Die Frage „Wer wird Reichspräsident?“ kann mit Sicherheit dahin beantwortet werden, daß kein Nationalsozialist, kein deutschnationaler, kein Stahlhelmführer und auch kein Kommunist bei der Wahl durchs Ziel geht. Wiedergewählt wird zweifellos der jetzige Reichspräsident, wenn auch nicht (durch die Zersplitterung der Stimmen) gleich im ersten, so aber doch im zweiten endgültigen Wahlgange, der auf den 10. April vorgesehen ist. In politischer Hinsicht wäre es natürlich besser und reinigender für die politische Atmosphäre, wenn die Niederlage des reaktionären Mischmachts, einschließlich der Kommunisten, bereits im ersten Wahlgange erfolgen würde. Daß diese Niederlage überhaupt erfolgt, dazu können und müssen die Gewerkschaftsmitglieder beitragen, weil bei nüchterner Betrachtung die politische und wirtschaftliche Zwangslage dazu veranlaßt. Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an der Spitze des heutigen „Steinarbeiter“ hebt das übrigens recht wirkungsvoll hervor.

Zu beachten ist zunächst, daß nach dem Wunsch aller unserer Gegner bei der Reichspräsidentenwahl zugleich auch über das sogenannte „System“ entschieden werden soll. Seit Jahren hören wir diesen Kampfesruf „gegen das System“ von den kleinen und großen Demagogen und den Geistesverwandten des Stammes Hitler. Mit System meint man vor allem die Republik, die Weimarer Verfassung, den demokratischen Staat, meint den mageren Einfluß der Arbeiterklasse und anderes mehr, was hauptsächlich die reglementierte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft angeht. Bei unserer Entscheidung für den jetzigen Reichspräsidenten dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Gegner für diesen sich wohl erklären wollten, wenn er sich offen gegen das System — so wie sie es auffassen — entscheidet und nebenbei bemerkt den jetzigen Reichszänker fallen lasse, um die Bahn freizumachen für den bunt zusammengewürfelten und zänkischen Haufen der Harzburger Front, in der auch irreführende, bedauernswerte Arbeiter mitlaufen. Den reaktionären Harzburger-Front-Wunsch hat der Reichspräsident natürlich nicht erfüllt, sondern er hat die Kandidatur wieder angenommen mit der Erklärung, „falls er nicht gewählt würde, ihm der Vorwurf nicht gemacht werden könne, seinen Posten in schwerster Zeit eigenmächtig verlassen zu haben“. Das ist klar, forrett und ehrlich.

Die Kommunisten haben wiederum Thälmann aufgestellt. Die Harzburger Front wurde sich lange nicht recht schlüssig, ob ein Prinz vom Hohenzollernstamme oder ein pensionierter früherer Militär nominiert werden soll; doch haben deutschnationale und Stahlhelmer sich dann doch auf den Generalleutnant a. D. Düsterberg geeinigt. Die Nazis verbreiteten in den letzten Wochen allerhand großmäulige Munkelreden über ihren eventuellen Kandidaten. Der „große“ Adolf hat sogar vor nicht langer Zeit in Berlin eigenmündig also selbst erklärt, „daß Millionen vor Begeisterung aufschreien würden, wenn sie, die Nazis, ihren Kandidaten betanngewürdigt würden“. Solche großwahnwitzigen Sprüche von jener Seite ist die Deffinitivität mittlerweile gewöhnt. Dieser Nazischarlatan meinte sich natürlich selber, die Tageszeitungen bestätigen nun auch, daß Herr Adolf Hitler als Kandidat aufgestellt ist. Damit wären nun die Anwärter auf den höchsten Posten der deutschen Republik aufmarschiert. Der Wahlkampf wird abrollen und die Dreckschleuder von rechts und äußerst links wird unaufhörlich spielen gegen das arbeitende Volk, soweit es mit der SPD, den politischen Mittelparteien und den Gewerkschaften aller Richtungen geht oder sympathisiert.

Die genannten Kandidaten gegen den bisherigen Reichspräsidenten sind im Grunde genommen eine Blamage des denkfähigen Teils im deutschen Volke, und wenn die Sache, um die es geht, nicht so ernst wäre, könnte man mit grimmigem Gelächter im Hinblick auf diese Kandidaten die ganze Angelegenheit sabotieren. Nach unserer Meinung und Kenntnis gehört zum Amt eines Reichspräsidenten denn doch unendlich mehr, als nur Maulaufreißen zum Lügen und Braunfärbereien und die Pose der gehobenen Hand oder geballten Faust. Allein deshalb schon haben wir Gewerkschafter allen Anlaß, beizutragen, daß dieser blamable Spuk um das hohe Amt des Reichspräsidenten durch eine hohe Stimmenzahl für den jetzigen Reichspräsidenten sich in nichts auflöst.

Der Nazihauptling, der nach seinen eigenen Angaben bisher staatenlos war, wurde durch besondere Schiebung der Regierung in dem kleinen Braunschweig zum deutschen Staatsangehörigen „gemacht“. Als Gendarm im früheren Nazi-Thüringen hat es bekanntlich nicht geklappt, das war dem großwahnwitzigen Hauptling jedenfalls ein ungenügendes Amt. Dann hieß es, er werde den Professorortel in Nazi-Braunschweig erhalten, wahrscheinlich haben sich auch dabei Hindernisse eingestellt. Dann hörte man wieder, daß er nunmehr Bevollmächtigter Braunschweigs im Reichsrat werde. Und wieder lautete es an-

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehdeten, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf eure Knechtschaft zu gründen. Laßt euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften. Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft euch auf zu einheitlicher Abwehr. Wollt ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf euch häuft, auch noch zu eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt ihr wieder wie einst der Willkür eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger eures Willens sind, willenslose Befehlspfähler eines faschistischen Staates treten? Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung eurer Rechte gewährleisteten?

Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegsetzler von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit müßt ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft eures unbeirrbar politischen Willens entgegenzusetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

ders, nämlich: Hitler wird auf Abruf Innenminister in Braunschweig. Also nur vorübergehend sollte er die Braunschweiger mitregieren helfen, damit er auf diese Art Staatsangehöriger wird. Auch das hat sich im letzten Augenblick wieder zerfallen. Nun endlich wurde der große Mann aus dem Braunen Haus in München — Regierungsrat.

Diese lächerlichen Manipulationen erinnern an eine Zangen- geburt, bei der mehrere ärztliche Sachverständige sich über ihre Handierungen nicht verständigen können. Es scheint nach alledem doch nicht so einfach zu sein, einen Mann, der vielleicht zu allem anderen geeignet ist, nur nicht zum Reichspräsidenten, nun über- führt zum „Deutschen“ zu eignen wie eine Krämerwaage. Und ein solcher politisch-parlamentarischer Säugling spekuliert auf das höchste Amt in der deutschen Republik? — Nicht etwa vor „Begeisterung“ wird jetzt — wie Hitler in seiner Ueberheblichkeit meinte — von Millionen Deutscher aufgeschrien; nein! Lahend rufen Millionen von Vernunftmenschen in Deutschland: Heil Hitler! du großer „deutscher“ Mann! Du erinnerst uns bei dieser tödlichen Lächerlichkeit deiner Staatsangehörigkeitsgeburt nicht etwa an das hohe Amt eines Reichspräsidenten, sondern an eine — frühgeborene, aber mißratene Semmel.

Mit der eigenen Kandidatur tritt der Nationalsozialismus in Deutschland in eine Entwicklungsstufe, die für sein ferneres Be- stehen entscheidend wird. Nach Meinung der Nazis soll der Wahl- kampfs „wie ein Sturmwind durch die deutschen Lande wehen, wenn das Signal zum Angriff gegeben wird“. Wenn da nur nichts anderes weht gegen die Nazis! Dieser Sturmwind soll „die Mor- schen und Alten, die mit Weineid und Hochverrat hochgekommenen Parteiensysteme des 9. November 1918 hinwegfegen und dem jungen Deutschland freie Bahn schaffen“. Nationalsozialistische Größen wie Goebbels u. a. haben bereits verlauten lassen, daß in Deutschland in den nächsten Wochen ein Wahlkampf geführt werde, von dessen Ausdehnung sich bisher noch niemand einen Begriff gemacht hätte. Man wird also erleben, wie sich die Agitations- und richtiger die Dredwalse in den nächsten Wochen durch das arme Deutschland windet. Der ganze Stoß wird sich wahrscheinlich weniger gegen die Person des jetzigen Reichspräsidenten, sondern gegen die Arbeiter- bewegung und ihren Einfluß richten. Hitler selbst wird sich in dieser Rolle kaum wohlfühlen. Er ist der Gefangene seines Gefolges, das er mit kühnen Verheißungen und großen Versprechungen auf- gepustet hat. Daß die Nazis sich endlich einmal zu einem ent- scheidenden Kampf stellen müssen, der nicht bei Nacht und Nebel mit Revolvern und Messern ausschlaggebend geführt und der die Entscheidung bringen wird, inwieweit die national- sozialistische Pest in Deutschland fernerhin noch eine Daseinsberechtigung hat, ist zweifellos zu begrüßen. Das deutsche Volk muß jetzt eine Probe seiner politischen Reife geben; deshalb ist es gut, daß dieser Vorstoß jetzt gewagt wird. Bei der Wiederwahl Hindenburgs ist die Niederlage der Nationalsozia- listen besiegelt! Die Wahlen zum Preussischen Landtag in einigen Wochen werden dann voraussichtlich unter einer anderen Voraus- setzung geführt werden können.

Die Sozialdemokratische Partei hat die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl ab- gelehnt! Die Kommunisten halten an der Fälschkandidatur Thäl- mann fest. Der Beschluß der SPD, von einem eigenen Kandidaten abzusehen, ist nur von taktischen Erwägungen bestimmt worden. Vor sieben Jahren hat der sozialdemokratische Kandidat Otto Braun mehr als 7 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Hätten wir in Deutschland eine einheitliche so- zialistische Arbeiterpartei, dann wäre die Auf- stellung eines eigenen Kandidaten gar keine Frage, sondern eine Notwendigkeit! So aber ist eine sozialdemokratische Kandidatur ebenfalls nur eine Fälschkandidatur. Mit derartigen bloßen Demonstrationen darf sich eine so große Partei wie die Sozialdemokratie, wenigstens in der gegenwärtigen Situation, nicht begnügen. Die SPD sieht in der Sozialdemokratie ihren Hauptfeind. Der Faschismus, der in Deutschland drohend sein Haupt erhebt, kommt bei ihr erst an zweiter Stelle; deshalb kommt ein Partieren für uns mit den Kommunisten nicht in Betracht.

Sicher ist, daß alles eingeseht werden muß, um den Ansturm des deutschen Faschismus niederzuschlagen. Ein Sieg Hitlers bei der Reichspräsidentenwahl wäre eine der größten Schläppen der deut-

schon Arbeiterbewegung. Ja, der Arbeiterbewegung! Wir sagen das noch einmal mit besonderer Betonung. Die Folgen eines solchen Sieges sind gar nicht abzusehen. Diese unbestreitbare Tatsache bestimmt die Taktik der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft. Wir werden uns in dem Wahlkampf einer Schlammflut von Verleum- dungen von rechts und äußerst links zu erwehren haben. Gewohnt zu kämpfen, werden wir auch dies ertragen. Aber wir werden auf der Hut sein müssen, daß unter dem gewünschten Erfolg dieser agitatorischen Lügenflut nicht die deutsche sozialistische Ar- beiterbewegung verschüttet wird. Nach der Reichspräsidentenwahl folgt, wie bereits bemerkt, in einigen Wochen die Wahl zum Preu- sischen Landtag. Mit dieser Wahl wird das parlamentarische Ringen in Deutschland vorläufig zu Ende sein. Wir werden dann sehen können, welchen Reifegrad sich das deutsche Volk bewahrt hat und wie sich namentlich die deutsche sozialistische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu wehren wußte.

Nun heißt es, einen kühlen Kopf zu bewahren, taktischen Not- wendigkeiten nicht aus dem Wege zu gehen und alles daran- zusetzen, damit eine so verlogene Bewegung wie die der Nazis nicht eine Machtposition erhält, die ihr den endgültigen Sieg ermöglicht.

Der jetzige Reichspräsident von Hindenburg ist gewiß nicht unse- r Kandidat, doch war seine Amtsführung in den verfloßenen sieben Jahren so, daß seine früheren Befürworter nunmehr seine schärfsten Gegner geworden sind, nur weil er den Treueschwur auf die Ver- fassung der deutschen Republik gehalten hat. Dadurch wird es uns, seinen früheren Gegnern bei der Wahl vor sieben Jahren, er- leichtert, nunmehr für ihn unsere Stimmen abzugeben. Und bisher hat sich noch immer als richtig taktiert herausgestellt, sowohl in der Politik wie in der Wirtschaft, wenn die aufgekärte organisierte Arbeiterklasse jenes ganz energisch bekämpfte, was von den Rechts- parteien, einschließlich der Nazis, und von den Kommunisten als — Volksheld angepriesen ward. So ist's auch bei der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten. Darum ist unsere Parole:

Wiederwahl Hindenburgs am 13. März.

Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik

Die nun schon über zwei Jahre andauernde Wirtschaftskrise hat besonders die arbeitenden Volksschichten in Mitleidenschaft gezogen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltsabbau sowie Ver- schlechterungen der sozialen Versicherungs- und Fürsorgeleistungen üben einen unheilvollen Einfluß auf ihre Lebenshaltung aus und rufen steigende Erbitterung und Unzufriedenheit mit den bestehen- den Verhältnissen hervor. Die Gewerkschaften haben diese Entwid- lung aufs schärfste bekämpft. Ihre auf die Herbeiführung normaler Wirtschaftsverhältnisse gerichteten Forderungen fanden jedoch bei der Regierung wie den sonstigen maßgebenden Stellen nur geringe Beachtung. Unter dem Druck der Krise wurden die Gewerkschaften zunehmend in eine Abwehrstellung hineingedrängt, die es ihnen nur zum Teil möglich machte, die von den Unternehmern angestreb- ten Lohnkürzungen und sozialen Verschlechterungen zu verhindern. Was sie erreichen konnten, waren nur Widerungen weitergehender Härten. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist auch dieser Er- folg nicht zu unterschätzen, besonders weil sie es fertig brachten, trotz der Krise ihre organisatorische Kampffähigkeit aufrecht zu erhalten. Das fällt um so mehr in Gewicht, als die Gegner der Gewerkschafts- bewegung nichts unversucht ließen, um durch ihre strupellose und demagogische Heße das Vertrauen der Arbeiterschaft in die gewerkschaftliche Tätigkeit zu untergraben.

Diese Absicht ist weder von den Nationalsozialisten, noch von den kommunistischen Gewerkschaftsgegnern erreicht worden. Nach ihrem eigenen Eingeständnis gelang es ihnen nur, in den der Gewerkschaftsbewegung indifferent gegenüberstehenden Arbeiterkreisen An- hänger zu gewinnen, deren wirtschaftspolitische Einsicht nicht aus- reicht, die Inhaltslosigkeit der radikalen Phrasenlogie von rechts und links zu erkennen. Dennoch läßt es das Geschrei der Gewerkschaftsgegnern über ihre angeblichen Fortschritte begreiflich erscheinen, wenn hier und da Zweifel und Besorgnisse darüber auftauchen, ob die von den Gewerkschaften verfolgte Wirtschaftspolitik richtig ist oder eine Aenderung bedarf. Derartige Befürchtungen machen sich

In Krisenzeiten immer bemerkbar, um schließlich mit ihnen zu verschwinden. Jetzt steht, daß die Bestrebungen der Gewerkschaftsgegner bis jetzt trotz aller Versprechungen den Arbeitern nicht die geringsten Vorteile brachten, wohl aber erhebliche Nachteile zufügten, denn ohne ihre verderbliche Zerplitterungstätigkeit wäre der Abwehrkampf der Gewerkschaften zweifellos von erheblicher stärkerer Erfolge begleitet gewesen.

Die von den Gewerkschaften vertretene Wirtschaftspolitik verbietet ihnen, sowohl bei ihrer Tätigkeit wie bei ihrer Agitation auf das niedrige Niveau der rechts- und linksradikalen Gegner herabzusteigen. Sie müssen es ablehnen, ihrem Beispiel zu folgen, den Arbeitern unerfüllbare Versprechungen zu machen oder bei ihnen Illusionen dahin zu erwecken, daß es nur einer einzigen größeren Anstrengung, eines Aufschubes oder einer politischen Umwälzung bedarf, die gegenwärtige, noch dazu internationale Wirtschaftskrise zu beseitigen und mit ihr die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in für die Arbeiterklasse günstigerem Sinne umzugestalten. Das ist, wie die Dinge in Rußland und Italien beweisen, weder den Kommunisten mit ihrem angestrebten deutschen Sowjetstaat, noch den Nazis mit dem Dritten Reich möglich, in dem der Faschismus zur Herrschaft gebracht werden soll. Nur eine organische, planvolle, sich auf demokratischer Grundlage vollziehende, auf alle Teile des Wirtschaftslebens erfindende Um- und Aufbaupolitik kann eine Besserung herbeiführen. In diesem Sinne sind die Gewerkschaften bisher tätig gewesen und werden es auch in der Folge sein.

Die von den Gewerkschaften vertretene Wirtschaftspolitik ergibt sich zwangsläufig aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, wird also nicht willkürlich von ihnen bestimmt. Ihrem Willen entspricht nur das angestrebte Ziel: die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, die Sozialisierung der Wirtschaft und die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft. Die hierzu geeigneten Mittel anzuwenden ist ihre wirtschaftspolitische Aufgabe. Darin besteht gegen früher ein wesentlicher Unterschied, der vielfach wenig beachtet wird. In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung war die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik verhältnismäßig einfach. Die geringe Stärke der Gewerkschaften nötigte sie dazu, sich auf die Eringung höherer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und den Schutz der Arbeiter vor den Gefahren des Betriebes zu beschränken.

Nur in dieser Konzentration ihrer Kräfte konnten sie erfolgreich sein, wobei sich jedoch nur zu oft zeigte, daß die erzielten Erfolge recht problematischer Natur und von kurzer Dauer waren, weil sie durch die verschiedensten wirtschaftspolitischen Einflüsse mehr oder weniger beeinträchtigt wurden. Diese Einflüsse auszuscheiden oder abzuschwächen waren deshalb die Gewerkschaften mit ihrer zunehmenden Stärke genötigt, ihren Aufgabebereich sowie ihre wirtschaftspolitische Tätigkeit immer weiter auszudehnen. Sie mußten verhindern, daß ihre lohnpolitischen Erfolge durch Arbeitslosigkeit, vorzeitige Erwerbsunfähigkeit der Arbeiter oder zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Vorteil der Agrarier und Unternehmer geschmälert oder gegenstandslos gemacht wurden, was nur durch die Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik an die bestehenden Verhältnisse zu erreichen war.

Ihre Wirtschaftspolitik erstreckt sich denn auch so ziemlich auf alle Wirtschaftsbereiche und greift selbst auf die innere und äußere Staatspolitik über. Das ist notwendig, weil die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge nicht voneinander zu trennen sind, das eine das andere bedingt. Das gleiche gilt bei den Unternehmern zu beobachten, deren wirtschaftliche Organisationen durch gleich gerichtete politische Organisationen unterstützt werden, lediglich zu dem Zwecke, die wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmer und damit ihren Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu erhöhen. Die Gewerkschaften dürfen in ihren Bemühungen, den gleichen Einfluß, mehr wirtschaftliche und politische Macht zu erlangen, hinter den Unternehmern nicht zurückbleiben. In der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse bietet sich ihnen hierfür die erforderliche Grundlage, die sie sich durch die Zerplitterungsarbeit ihrer Gegner nicht zerstören lassen dürfen.

In dem Kampfe um stärkeren wirtschaftlichen und politischen Einfluß befinden sich die Gewerkschaften in einer ungünstigeren Position als die Unternehmer. Schon durch den Besitz der Produktionsmittel verfügen letztere über eine größere wirtschaftliche und politische Macht als die Arbeiter. Daneben steht der Vorteil, daß die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmer leichter ist und durch den Staat gefördert wird. Die Gewerkschaften haben noch nie eine derartige Förderung erfahren, sondern waren stets auf die eigene Kraft angewiesen. Lange Zeit sind sie sogar vom Staat und seinen Organen bekämpft und in ihrer Entwicklung gehemmt worden. Unter diesen Umständen haben die wirtschafts- und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter sehr große Bedeutung. Jede Einschränkung der Sozialversicherung, des Tarifs und Schlichtungswesens, des Arbeiterlohnes usw. ist mit einer Schwächung der wirtschaftlichen Widerstandskraft der Arbeiter sowie einer Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes verbunden, die abgewehrt werden muß.

Das trifft auch für die von den Gewerkschaften im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik angestrebte Wirtschaftsdemokratie zu. Mit dieser Forderung geben sich die Gewerkschaften — wie von einzelnen Kritikern ihrer Tätigkeit irrtümlich angenommen wird — keinerlei Illusionen hin. Die Forderung der Wirtschaftsdemokratie und Betriebsdemokratie hat mit Harmonieduselei, Aufgabe oder Verwässerung des Klassenkampfes nichts zu tun. Sie ist vielmehr ein durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingtes Erfordernis und schließlich auch selbstverständlich. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die geforderte wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften mit den Unternehmern sowie deren Organisationen zu verweigern. Und es käme wirtschaftlichem Selbstmord gleich, darauf zu verzichten.

Mehr Familientameradschaft

In der heutigen schweren Krisennot dürfte wohl die unglücklichste Rolle der proletarischen Hausfrau zugefallen sein. Ob sie nun selbst erwerbstätig ist, oder als Gattin oder Mutter nur Hausfrauendienst zu verrichten hat, bleibt sich hierbei gleich. Die Hausfrau ist eben die Lehterantwortliche im familiären Haushalte. Sie muß den Unterhalt der Familie organisieren und zusehen, wie sie das mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen wohl am besten zu bewerkstelligen vermag. Und wenn nun durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, sowie den ständigen Abbau der Löhne sich das Einkommen radikal vermindert, dann ist es die Hausfrau, die davon am schwersten getroffen wird.

Es gibt eine große Zahl von Männern, die für diese Tatsache noch immer viel zu wenig Verständnis aufbringen. Dadurch wird die Lage der Hausfrau in der Krise noch weiter verschlimmert. Den Unmut über seine Lage, die ihm die Krise auferlegt, will der Mann irgendwo auslassen. Da erscheint ihm oft die Frau als sehr willkommener Objekt. Er ist unzufrieden und schimpft über das magere Essen, schlechte Kleiderausstattung, über den Verfall der Wohnungseinrichtung usw., empfindet und weiß nicht einmal, wie daraus die Hausfrau immer für sich einen gewissen Vorwurf herausföhlt. Oft versucht sie dem zu begegnen dadurch, daß sie — meistens ohne praktischen Erfolg — an sich selber noch mehr einzuschränken sucht, um es der Familie, besonders dem Manne, zugute kommen zu lassen. Hier liegt die Ursache dafür, daß in den proletarischen Familien sehr oft gerade die Hausfrau ein so besonders elendes und verhärmtes Aussehen zeigt.

Wir rufen deshalb besonders an unsere Verbandskollegen die dringende Bitte, gerade in dieser schweren Zeit ihnen, wie überhaupt allen Frauen gegenüber ein wirklich guter Kamerad zu sein. Gerade in so schweren Zeiten muß sich der organisierte Arbeiter doppelt aufrichtig und ehrlich zu der alten proletarischen Forderung auf Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann bekennen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, daß Gleichstellung in erster Linie Gleichachtung bedeutet. Hier muß in der eigenen Familie der Anfang gemacht werden. Wo der Mann der Frau Gleichachtung zollt und sie entsprechend behandelt, da ist die Gleich-

Von einer Verringerung oder Einschränkung der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik und ihrer Aufgaben kann daher keine Rede sein. Anders steht es mit ihrer taktischen Auswertung. In dieser Hinsicht kann der Standpunkt vertreten werden, daß den Zeitverhältnissen entsprechend eine stärkere Konzentration der gewerkschaftlichen und politischen Kräfte der Arbeiterklasse auf bestimmte Forderungen angebracht erscheint. Ein Beispiel hierfür bietet der gegenwärtige Kampf gegen den Faschismus durch die „Eiserne Front“. Dem Abwehrkampf der Gewerkschaften gegen die Bestrebungen der Unternehmer, die Wirtschaftskrise in noch stärkerer Maße zu ihren Gunsten auszunutzen, die Arbeiter wirtschaftlich und sozial noch tiefer herunterzudrücken, steht zwar die Zerplitterungstätigkeit der rechts- und linksradikalen Kräfte schwer hindernd im Wege. Das darf jedoch nicht abschrecken! Jeder Tag zeigt, wie sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt immer katastrophaler zuspitzen. Die Gewerkschaften haben diese Zuspitzung nicht unbeachtet gelassen, sondern in dringender Form Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit, Erweiterung und zweckmäßigere Regelung der Arbeitslosenfürsorge gefordert. Hierin muß eine Verringerung eintreten und gegebenenfalls durch härteste Aufrüttelung der Deffektivität wie der Arbeiter herbeigeföhrt werden, wenn es nicht zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch mit seinen unabsehbaren Folgen kommen soll.

Das Wagemann-Projekt

Prof. Dr. E. Wagemann, Präsident des Statistischen Reichsamts und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, hat Ende Januar 1932 einen beachtenswerten Vorschlag mit umfangreicher Begründung zur „Geld- und Kreditreform“ herausgebracht, der in Sachverständigenkreisen lebhaft Ablehnung, aber auch Zustimmung gefunden hat. Auf der 4. Tagung des Bundesausschusses vom 10. u. 11. März über die im „Steinbecker“ bereits berichtet wurde, hat nun der Direktor der Arbeiterbank, Herr Geheimrat Dr. Wagemann, sich über das Wagemann-Projekt geäußert, weil es in die von den Gewerkschaften dringend geforderte Arbeitsbeschaffung und der damit verknüpften Kreditfrage hineinragt. Dr. Wagemann führte etwa folgendes aus:

Wagemann ist bei seinem Projekt ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinssatz der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andere. Es ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zufluß der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute hatten die goldene Regel der Banken verlernt. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt. Wenn dieses falsche Vorgehen der Banken ein Grund für die Versteifung der Krise ist, was kann zur Abhilfe jetzt und für die Zukunft geschehen?

Das Vertrauen in die Finanzinstitute ist weitestgehend geschwunden, das Geldkapital wird gehortet und nicht als Einlagen in die Banken gegeben. Dieses Mißtrauen verschärft die Krisenerscheinungen. In der modernen Kreditwirtschaft spielt das Giroalgeld eine besondere Rolle. Dieses Geld entsteht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditvertrages, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Versteifung, und er glaubt, das Giroalgeld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden.

Wie ist das möglich, insbesondere in der heutigen Situation? Die Deckung in Gold und Devisen sichert den Spitzenausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften, also den Ausgleich der Zahlungsbilanz. Die Deckung muß sich also in erster Linie auf das Geld erstrecken, das diese Funktion hat. Welches Geld ist das? In erster Linie die große Note von 100 Reichsmark, außerdem das Giroalgeld. Vor allem das Giroalgeld in Form von Schecks in der Währung des betreffenden Landes. Für dieses Geld muß eine Deckung vorhanden sein. Für den inneren Markt kommen fast ausschließlich die Scheidemünzen und kleinen Noten in Betracht, die ungefähr vier Fünftel des Geldumlaufs ausmachen. Für den internen Geldumlauf ist eine Deckung in Gold und Devisen unnötig.

Es muß, so folgerte Wagemann, ein fester Block geschaffen werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 3 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, d. h. nur bis zu 500 Reichsmark angenommen werden brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbeschränkt in Zahlung nehmen, die Reichsbank ist verpflichtet, sie jederzeit in große Noten umzutauschen. Damit glaubt Wagemann das Scheidgeld und die kleinen Noten vor Unterwertigkeit zu schützen, ihre gleichmäßige Kaufkraft gegenüber der Ware aufrechtzuerhalten. Der Besitzer der kleinen Noten wäre daher in keiner Weise gefährdet.

Nun ist der Einwand erhoben worden, daß dieser Plan inflationistische Wirkung habe. Er sieht aber keinerlei Vermehrung des Notenumlaufs vor.

Die Illiquidität der Banken ist bekanntlich zum wesentlichen Teil verursacht durch die Verschuldung der öffentlichen Hand. Eine Umschuldung, eine Fundierung der Schulden der öffentlichen Hand ist zwar angebracht, aber nicht durchgeführt worden. Wagemann schlägt nun vor, daß die öffentliche Hand besondere Obligationen ausgibt, die von den Gläubigerinstituten durch Vermittlung eines Reichsinstituts der Reichsbank zugeleitet

werden. Diese gibt dagegen in erster Linie die von dem betreffenden Finanzinstitut eingereichten Finanzwechsel und, falls darüber hinaus noch eine Spanne bleibt, eigene Aksepte oder Warenwechsel zurück. Nur ein dann etwa verbleibender Rest wird auf Girokonto gutgeschrieben.

Mit dieser ewigen Schuld soll also nicht eine Vermehrung des Geldumlaufs geschaffen werden. Erreicht wird damit eine Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse, der Wechselreiterei wird ein Ende gesetzt und eine klare Unterlage geschaffen.

Eine wesentliche Bremse gegen inflationistische Wirkungen ist durch die Kontrolle über das Giroalgeld gewährleistet. 10 v. H. der Giroalgeldabgaben der Finanzinstitute müssen durch Guthaben bei der Reichsbank gedeckt sein.

Die Umschuldung und Fundierung der öffentlichen Hand ist nicht möglich ohne Einbeziehung des Giroalgeldes in die Deckung. Mit der Währungsreform soll Hand in Hand gehen die Einrichtung besonderer Giroinstitute bei den Banken. Die Girokonten müssen jederzeit flüssig gehalten werden. Jetzt, wo der Zahlungsverkehr sich in Form von Giroüberweisungen vollzieht, ist diese Neuordnung notwendig. Diese neuen Bankabteilungen müssen von den anderen Zweigen des Bankgeschäftes streng getrennt werden.

Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Aufstauung der gefrorenen Geldleistungen. Die Finanzwechselschulden der Finanzinstitute müssen eingelöst werden. Heute müssen Kredite zurückgefordert werden von guten Schuldnern. Diesem unmöglichen Zustand würde abgeholfen werden. Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des gehorteten Geldkapitals und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Die Krankenversicherung Arbeitsloser

Nach § 117 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist jeder Arbeitslose während des Bezuges der Hauptunterstützung gegen Krankheit pflichtversichert. Schon seit Bestehen der Versicherung bestanden Zweifel darüber, ob diese Krankenversicherung auch besteht, wenn der Arbeitslose aus irgendeinem Grunde keine Unterstützung bezieht. Waren diese Zweifel früher nur in Einzelfällen angebracht, so liegen die Dinge jetzt anders. Durch die verschiedensten, im Gesetz verankerten Anrechnungsbestimmungen kommt es heute ziemlich häufig vor, daß der Arbeitslose die ihm eigentlich zustehende Unterstützung nicht erhält. In derartigen Fällen „ruht“ dann die Unterstützung. Infolge der Mehrung dieser Ruhezustände ist heute die Frage um so mehr berechtigt, ob der Arbeitslose während dieses Ruhezustandes den Schutz der Krankenversicherung genießt oder nicht. Die Rechtsprechung hat sich zu wiederholten Malen mit dieser Streitfrage beschäftigt. Ähnlich ist die Rechtslage dann, wenn der Arbeitslose während des Laufs einer verhängten Sperrfrist keine Unterstützung erhält. (Erwähnt sei noch, daß auch diese Fälle jetzt mehr vorkommen als früher.) In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 12. März 1930 heißt es: „Die Krankenkasse kann auf Grund der im Gesetz festgelegten Vorschriften keine Beiträge beanspruchen für Zeiten, für die dem Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung gesperrt wurde.“ Einen ähnlichen Standpunkt hat das Reichsversicherungsamt auch in einer Entscheidung vom 23. Januar 1931 eingenommen. Trotz dieser Entscheidungen, die ja immer nur Einzelfälle betrafen, tauchten in der Praxis immer wieder Zweifelsfragen auf. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sah sich deshalb veranlaßt, in einem besonderen Erlaß vom 10. Dezember 1931 diese Zweifel und Meinungsverschiedenheiten zu klären. Es heißt in demselben:

„Die Praxis sieht sich häufiger vor die Frage gestellt, ob beim Ruhen der Arbeitslosenunterstützung auf Grund der Anrechnungsbestimmungen des § 112a WABG. der Arbeitslose noch im Bezug der Unterstützung steht und vom Arbeitsamt gemäß § 117 Abs. 1 WABG. gegen Krankheit versichert werden muß. Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung hat bereits in einer Entscheidung zu § 129 WABG. den Grundsat aufgestellt, daß Beiträge auf Grund des § 129 Abs. 1 WABG. nicht zu entrichten sind solange der Arbeitslose infolge der Anrechnung von Bezügen gemäß § 112a WABG. keine Hauptunterstützung bezieht. Dagegen hat der Senat noch jüngst in der Sitzung vom 4. Dezember 1931 in einer noch nicht veröffentlichten Entscheidung ausgesprochen, daß ein Bezug der Hauptunterstützung im Sinne von § 103 Abs. 3 WABG. nicht vorliegt, solange die Wartegeld nicht abgelassen und daher dem Angehörigen die Arbeitslosenunterstützung noch nicht zu zahlen ist. Vorbehaltlich einer Entscheidung im Spruchverfahren bin ich der Auffassung, daß kein Grund vorliegt, unter dem „Bezug der Hauptunterstützung“ in § 117 etwas anderes zu verstehen als in § 129 oder § 103 Abs. 3 WABG. Der Herr Reichsarbeitsminister hat in einem Bescheid an die Reichsanstalt vom 21. November 1931 — IVa 15, 460/31 — die gleiche Auffassung vertreten.“

Dieser Erlaß, der wieder einmal in dem üblichen Amtsdeutsch abgefaßt ist, dürfte für die Betroffenen schwer verständlich sein. Es geht aus demselben hervor, daß das Arbeitsamt den Arbeitslosen nur dann gegen Krankheit zu versichern braucht, wenn dieser die Hauptunterstützung wirklich ausgezahlt erhält. In allen anderen Fällen, in denen die Unterstützung aus irgendwelchen Gründen (Anrechnung von Verdiensten, Verhängung einer Sperrfrist usw.) nicht zur Auszahlung gelangt, besteht auch keine Krankenversicherungspflicht. Der Arbeitslose ist also während dieser Zeiten nicht Rassenmitglied. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß diese Auslegung und Auffassung für die Arbeitslosen erneut eine Verschlechterung darstellt. Erwähnt sei, daß in den Zeiten nicht nur die Krankenversicherung nicht besteht, sondern daß auch in denselben vom Arbeitsamt keine Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet werden. Wollen die Arbeitslosen ihre Rechte wahren, so bleibt ihnen weiter nichts übrig, als sich in solchen Zeiten freiwillig zu versichern.

Berechtigung ganz von selbst gegeben. Wie oft aber glaubt der Mann, es seiner Autorität schuldig zu sein, sowohl seiner Familie und Frau gegenüber, wie auch in der Öffentlichkeit durch sein Benehmen zu zeigen, daß er der „Hausherr“ ist.

Ein organisierter Arbeiter sollte sich vor solchem Tun hüten und damit gerade der Frau beweisen, was Klassenbildung und Organisationsgeist eigentlich ist. Das Solidaritätsbewußtsein, das er seinem Berufscollegen gegenüber bezeugt durch seine Organisationszugehörigkeit, muß er der Frau gegenüber durch seine Lebenspraxis als etwas Großes erscheinen lassen. Damit erst erwacht auch der Frau das große Verständnis für den Organisationsgedanken, das in dieser schweren Zeit doppelt notwendig ist in Arbeiterkreisen, wenn die Organisationen nicht allzu stark geschwächt werden sollen. Der Mann weiß, daß der Klassenkampf nicht immer sichtbare Erfolge zu zeitigen vermag und manchmal sehr große Opfer fordert. Der Frau ist das weniger bewußt, weshalb sie in solchen opferreichen Zeiten auch viel leichter organisationsmüde wird und den Beitrag als überflüssige Ausgabe und damit Belastung des Haushaltes empfindet. Hier gilt es also, ihr auch den ideellen Wert eines organisierten Zusammenstehens in Not und Trübsal bewußt zu machen. Wo keine gute Kameradschaft herrscht zwischen Mann und Frau, ist das aber nicht möglich. Deshalb nochmals der dringende Appell an alle Kollegen: Seid gerade jetzt, in der Krise, in der Stunde von Not und Drangsal, euren Frauen ein guter Weggenosse und Lebenskamerad! Sie haben den schwersten Teil in dieser Notzeit zu tragen und verdienen nicht nur Verständnis, sondern Hochachtung.

Nur wer dieser Forderung entspricht, kann damit rechnen, auch noch in den Krisen der Unorganisierten trotz Krise Erfolge für seine Organisation zu erzielen. Denn gerade die Frauen sind es ja, die das schwerste Hemmnis bei der Werbearbeit bilden. Wer dann durch sich selbst, durch sein eigenes Beispiel aber beweisen kann, daß der Organisierte ein wirklich ganzer Kerl ist, der nicht nur nach außen Berufscollegen mit seinen Kollegen übt, sondern auch wahre Lebenssolidarität mit seiner täglichen Umwelt, in seiner Familie, der wird immer schon ein großes Stück

Sympathie im Voraus für sich und seine Sache haben. Ebenso muß der Organisierte in dem hier dargelegten Sinne überallhin nach außen wirken und die Männerwelt zu beeinflussten versuchen. Leider ist es so, daß zerrüttete Verhältnisse zwischen Mann und Frau oft von andern nur zum Gegenstand von Wit und Zote gemacht werden, besonders wo der betreffende Mann mit andern Männern zusammen ist. Hier muß der organisierte Kollege den Ernst bewahren und sich stets der unglückseligen Lage gerade der von solchem Verhältnis betroffenen Frau bewußt bleiben, und deshalb versuchen, seinen Geschlechtsgenossen anderen Sinnes und anderer Auffassung zu machen und ihn für ein wahrhaft kameradschaftliches Zusammenwirken mit seiner Frau zu bewegen. Wenn die Frauen merken, daß Organisationsgeist auch für sie solche guten Kameradschaftsgeist zeugen könnte, dann würde gerade die Frau, die heute noch für uns zum Teil ein großes Hindernis bedeutet, in Zukunft zu einem unserer besten Förderer werden können.

zr.

Arbeit!

Was das bedeutet, kann erweisen:
Wer wartend Jahr um Jahr gesessen,
Und Tag für Tag zum Stempeln ging.

Wer ermittelt und ausgesteuert,
Und was er aß und was er feuert
Von einem Wohlfahrtsamt empfing.

Wer nichts mehr war und nichts mehr hatte,
Nur Schulden — eine lange Latte
Und eine große Kinderschar.

Wer tausendmal die Welt versuchte,
Wenn hungernd er nach Arbeit suchte
Und selber fast am Ende war.

J. S. E. Büttner.

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widersteh nicht mit hitzigem Blut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlauchkopf beutet sie geblüht aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Notrufe aus dem Bayerschen Wald

In der Tagespresse Bayerns kann man seit längerer Zeit immer und immer wieder Notrufe von Gemeinden des Bayerschen Waldes lesen, die geradezu erschütternd die Notlage der dortigen Stein- arbeiter schildern und die Öffentlichkeit zum Eingreifen auffordern. Einen solchen Notruf veröffentlicht der Bürgermeister der Stein- arbeitergemeinde Tittling, den wir in seinem hauptsächlichsten Teil folgen lassen:

„Wir möchten nun darauf aufmerksam machen, daß die Not in ihrem größten Ausmaße den ganzen Bayerschen Wald und ins- besondere die Steinbruchsbezirke, zu denen auch unser Gemeindebezirk gehört, ergriffen hat. Gewiß ist die Not im ganzen Land bei der großen Arbeitslosigkeit eine allgemeine. Was sich jedoch hier in unserem steinbruchsbezirk behandelten Grenzbezirk seit Monaten abspielt, spottet jeder Beschreibung. Jahrelange Arbeitslosigkeit infolge Still- liegens sämtlicher Steinbrüche durch die kurz- sichtige Bevorzugung der Teer-, Asphalt- und Bitumenstraßenbauweise seitens der staat- lichen Stellen, Aussteuerung aus Arbeitslosen- und Krisen- fürsorge und Überlastung der Gemeinden mit daraus sich er- gebenden Wohlfahrtserwerbslosen haben bei den Betroffenen ein Lebensverhältnis geschaffen, das nicht mehr unter- boten werden kann. Die von jeher genügsame und an- spruchslose, zum größten Teil aus Steinarbeitern und Kleingütlern bestehende Bevölkerung hat bisher alles geduldet hingegenommen, was ihr durch die Zeitverhältnisse an Not und Ent- behrungen auferlegt worden ist. Nun geht es nicht mehr lange so weiter. Es mangelt einfach an allem, was zum Lebensunterhalt dringend nötig ist. Es hat keinen Sinn, einzeln aufzuzählen wie Kleidung, Wäsche, Schuhe usw. Es fehlt eben an allem, und es wird alles gebraucht. Sie sollten nur einmal zum Beispiel an einem Stempeltage die Schaar der Arbeits- und Wohlfahrtserwerbslosen durch einen stillen Beobachter in Augen- schein nehmen oder auf dem täglichen Gang zur Schule die Kinder derselben oder einen Blick werfen in die Behausungen dieser Familien. Sie würden zugeben müssen, daß eine Schilder- ung dieses Elendes und dieser Not einfach unmöglich ist, eines Elendes, das noch mit größter Geduld und Ergebenheit hin- genommen wird. Wir suchen Hilfe für unsere Ein- wohner, mit allen Mitteln, woher sie auch kommen mag. Die Not ist riesengroß, die Gemeinden selbst sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Wir haben schon über 100 Wohlfahrtserwerbslose zu betreuen und können diesen nur das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zubilligen. Bitte helfen Sie auch uns auf irgendeine Weise, sei es durch Geld oder Sachen, auch Altachen... Auf die Hilfe von Reich und Staat können wir uns nicht verlassen, wenn wir nicht ganz verlassen sein wollen. Wir müssen uns an unsere Mitmenschen selbst wenden. Wenn wir dies auch auf diesem Wege tun, so kann uns nur die unlegbare Tatsache der bittersten Not dazu veranlassen. Wir sind für jede Gabe dankbar, in welcher Form sie auch gegeben wird.“

Dieser erschütternde Notruf zeigt mit dürren Worten die Ursachen der Not der Steinarbeiter des Bayerschen Waldes, wenn er fest- stellt, daß durch die Bevorzugung der neuzeitlichen Straßenbau- weise durch die staatlichen Stellen in Bayern dieses grenzenlose Elend entstanden ist. Der Granit des Bayerschen Waldes ge- hört zu den besten Straßenbaustoffen, die wir überhaupt in Deutschland haben. In keinem Lande mit so guten und ergiebigen Straßenbaumaterial ist dieses seit Jahren so wenig ausgenutzt worden wie in Bayern. Im Rheinland, in Sachsen und in Schlesien sind die dort anstehenden Gesteinsvorkommen zu Straßenbauzwecken um ein vielfaches mehr ausgenutzt worden, als es in Bayern der Fall war. Seit der Inflation sind in diesen Ländern hunderte Kilometer an Kleinpflasterstraßen hergestellt worden. Und in Bayern? — Das Straßenbauprogramm der Bayerschen Regierung vom Jahre 1925 sah für hochwertige Straßenbeden nur eine Strecke von 400 Kilometer bei einem Gesamtumfang des Staatsstraßen- netzes von rund 6500 Kilometer vor. Als hochwertige Beden aber werden in diesem Straßenbauprogramm Betonstraßen, Asphalt- straßen und Kleinpflaster genannt. Also nur ein geringer Bruch- teil des schon geringen Anteils hochwertiger Beden ist im Klein- pflaster ausgeführt worden. Und wie sieht es heute in Bayern um das Straßenwesen aus? In dem jetzt zur Beratung stehenden Straßenbausetat Bayern ist der Betrag von rund 18 Millionen Reichsmark eingelegt. Davon sollen im laufenden Etatsjahr 9½ Millionen der Unterhaltung und Ausflüßung der Staatsstraßen dienen und der Betrag von 7½ Millionen soll zu dem Zinsen- und Amortisationsdienst der Straßenbauanleihen bereitgestellt werden. Diese überaus hohe Verzinsungs- und Amortisationsquote der Straßenbauanleihen gibt aber insoweit noch Anlaß zu ärgsten Bedenken, weil Straßenbeden mit größter Lebensdauer in Bayern nur in geringem Maße her- gestellt worden sind. Es liegt die Befürchtung vor, daß die Straßenbauanleihen zu einem Teile für Straßenbeden Verwendung gefunden haben, die entweder ausgeflüßt oder zum Teil schon durch den Verkehr zerstört sind. Es wird also der sonderbare Zustand eintreten, daß Straßenbeden neben der Zinslast der Anleihen auch noch durch die Unterhaltung belastet werden und diese Mittel obendrein in Anspruch nehmen.

Die Straßenbaupolitik der staatlichen Stellen in Bayern ist es, die die Verschärfung des Not- standes der Steinarbeiter des Bayerschen Waldes mit herbeiführen half. Wäre auf den bayerschen Staats- straßen in den vergangenen Jahren weniger mit neuzeitlichen Straßenbefestigungen experimentiert worden, die Notlage der Steinarbeiter hätte sich nicht zu dieser Größe auswaschen können.

Nun aber helfe Bayerscher Staat durch Arbeitsbeschaffung unter Ausnutzung der natürlichen Rohstoffe, die in dem überreichen Ge- steinsvorkommen in Bayern vorhanden sind.

Warum Eisene Front?

Diese Frage beantwortet Kollege Förstbauer (Hiddeisen) in folgendem: „Entscheidungskampf“ ist die Parole der Reak- tion. Alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel werden ange- wandt, und alle zur Verfügung stehenden „Truppen“ werden mobil gemacht, um bei den bevorstehenden Wahlen diese Entscheidung herbeizuführen. Wie es bei der Reichspräsidentenwahl nicht nur darum geht, welche Partei den obersten Staatswürdenträger zu stellen hat, ebensowenig geht es bei der Präfekturwahl nur um das Ziel, die sogenannte schwarzrote Koalition zu beseitigen. Vielmehr geht es diesen Feinden allen Menschenrechts darum, an die Spitze des Reiches das richtige Werkzeug zu bringen und über Preußen hinweg zur Macht in Deutschland zu gelangen. Der Hauptfeind der Arbeiterchaft steht rechts und ist hauptsächlich in der nationalsozia- listischen Arbeiterpartei zu erblicken. Dieser, sich der Schwerindustrie mit Haut und Haaren verschriebenen Partei, fällt die Aufgabe zu, die diktatorlüttern und reaktionären Pläne ihrer dunklen Hintermänner zu verwirklichen. Bösliche Rechtslos- machung der Arbeiterchaft ist das Ziel des Fas- chismus. Nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaft- lichem Gebiet sollen der deutschen Arbeiterchaft die durch Jahr- zehntelanges und jähes Ringen erkämpften Rechte geraubt werden.

Die Beseitigung der Sozialversicherung und darunter die so oft gefälschtere Arbeitslosenversicherung ist nach Ansicht dieser Kreaturen eine unerläßliche Notwendigkeit. Ungeheuer schwere Folgen müßte

die Beseitigung dieses jüngsten Versicherungszweiges für die Ar- beiterschaft haben. Ohne jegliches Einkommen wäre das Millionen- heer der Erwerbslosen entweder dem Hunger und der Verzweiflung preisgegeben, oder es müßte sich auf Gedeih und Verderb dem Unternehmertum ausliefern.

Auch international gesehen würden sich die schwersten Komplika- tionen ergeben. Alle von der internationalen Arbeiterchaft auf Völkerveröhnung gerichteten Bestrebungen würden zuschanden ge- macht und die Wiederholung der Nordatlantische von 1914—1918 in noch größerem und gräßlicherem Ausmaße wäre zweifellos die Folge.

Für die unumstößliche Richtigkeit der innerpolitischen Folgen einer faschistischen Diktatur bieten uns die Vorheimer Dok-umente einen lehrreichen Anschauungsunterricht, während außen- politisch für die Wahrheit des Geschilderten die Zusammensetzung der Partei und ihre Hintermänner die sicherste Gewähr bieten.

Wenn nun die Harzburger behaupten, Hindenburg sei der Kandidat des „Marxismus“, so ist das nichts als ein politischer Nebelschaden, und unter dessen Schutz glauben sie im Trüben sitzen zu können. Wenn die deutsche Arbeiterchaft auch heute noch nicht in der Lage ist, dem verstorbenen ersten Reichspräsidenten Ebert einen würdigen Nachfolger aus ihren Reihen bei der Wahl durchbringen zu können, so ist das doch nur die Schuld der verant- wortungslosen und verrückten Hege, der Radikalinstis, die die Arbeiterchaft gepalpen haben.

Wenn Hindenburg auch nicht der Mann der organisierten Arbeiterchaft ist, muß trotzdem von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten unter dem Zwange der Verhältnisse abgesehen werden. Lieber einen Mann, der getreu seines geleisteten Eides zur Ver-

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen gellt uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat steigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleich- gültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden...

Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlänge- rung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiter- schaft unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Not- verordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 Millionen ge- stiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und, wie es hieß, letzte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Mil- lionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, so könnte die Not nicht größer sein...

Wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Mit den vorstehenden Aussprüchen hat der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, auf der letzten Bundesausschusssitzung den gegenwärtigen Zustand richtig aufgezeigt und hat damit auch kurz angedeutet, was die Millionen Arbeitslosen dauernd empfinden.

Wirkliche Abhilfe erwarten dringend auch die vielen Zehn- tausende Arbeitslose in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau. Ueber 90 Prozent von den im normalen Geschäftsgange Beschäftigten sind schon viele Monate, ja ein großer Teil davon bereits jahrelang ohne Arbeit!

fassung steht, als einen braungelben, dessen Wortbrüche allzubekannt sind.

Wenn sich nun die freien Gewerkschaften einreihen in die Eisene Front, so war dies die klare Erkenntnis der verantwortlichen Führer, der drohenden, alles vernichtenden Faschistengefahr einen unübersteigbaren Damm entgegenzusetzen. Gerade hier beweist sich wieder, welches Erkennungsvermögen und Weitblick ein Arbeiter- führer bei den heutigen Verhältnissen haben muß. Mit Recht würde man bei Eintritt der Katastrophe den Führern das Fehlen dieser Eigenschaften zum Vorwurf machen. Darum sollten auch die Zau- derer und Unzufriedenen die ihnen manchmal unverständlichen Maßnahmen der Spitze der Arbeiterbewegung klaren Auges er- kennen.

Klar muß bei den kommenden Kämpfen die Front sein! Alle Kleinlichkeiten haben vor dem großen Ziel: die Erhal- tung der sozialen, demokratischen Republik! zurückzutreten. Jeder Republikaner muß daher seinen Platz in dieser Front einnehmen!

Eisern die Front, eisern die Faust, aber auch eisern der Wille zum Sieg!

Köln. Generalversammlung am 15. Januar. Auf der Tages- ordnung stand Bericht des Vorstandes, Quartalsabrechnung, Neu- wahl, Sache Scheer, Verschiedenes. Der Vorstand gab einen kurzen Bericht. Die einzige größere Arbeit, bei der mehrere Kollegen be- schäftigt waren, war die Trinitatiskirche. In der Lohnfrage haben wir trotz Druck der Unternehmer auf 11 Prozent Abbau einen solchen von 6 Prozent bekommen. Da die Mittel zur Erhaltung des Domes knapp sind, mußten auch dort verschiedene Kollegen entlassen werden, sogar Mitglieder des Betriebsrates. Dort sind nur noch acht Mann organisiert. Von den Lehrlingen sind nur noch drei organisiert, obwohl die Beiträge heruntergesetzt sind und kein Lokalschlus- erhoben wurde. Ueber fünfzig Kollegen erhielten eine einmalige Unterstützung von zehn, beziehungsweise sieben Mark aus der Lokal- kasse. Der Vorstand dankte den Kollegen, die regelmäßig die Ver- sammlung besucht hatten und dem Gauleiter für seine Hilfe. Darauf verlas der Kassierer die Quartalsabrechnung. Nach Bestätigung der Revisoren, die Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde,

nachdem die Versammlung ihm das Vertrauen ausgesprochen hatte, einstimmig wiedergewählt. Die Firma Scheer zahlte unseren dort beschäftigten Kollegen einen Stundenlohn von 1,20 Mark entgegen dem Tarif, der 1,40 Mark vorzieht. Es wurde von den betreffenden Kollegen darauf hingewiesen, daß sie nur unter Protest weiter ge- arbeitet hätten, bis der örtliche Vorstand bei Scheer vorstellig ge- worden ist, wobei dieser die Erklärung abgab, daß er nicht mehr zahle, darauf legten unsere Kollegen geschloffen die Arbeit nieder. Soweit die streifenden Kollegen vom Arbeitsnachweis keine Unter- stützung erhalten sollen, wird ein Ausweg gefunden. Wegen der vorgerückten Zeit wurde der Punkt „Verschiedenes“ zurückgestellt. (Bitte: Nicht mit Bleistift und nicht beide Seiten beschreiben. Red.)

Neuhochstein. Am 18. Februar sollte, wie aus einer regen Propa- ganda der NSDAP. hervorging, eine Versammlung in Neuhoch- stein stattfinden. Laut Bekanntgabe sollte ein Nazi Hans Bieber über Gewerkschaftsfragen sprechen. Dank der organisierten Arbeiter- schaft in Neuhochstein wurde den Hitlerjüngern samt ihrem Nebener eine Quittung überreicht, die ihnen wohl noch selten zuteil ge- worden ist. Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder waren pünktlich 20 Uhr vor dem Versammlungslokal anwesend und er- warteten die Jünger des Dritten Reiches, die mit 13 Mann ein- trafen. Aber nicht ein einziger leistete ihnen Gefolgschaft ins Ver- sammlungslokal, und so mußten sie nach langem Warten mit ge- senkten Häuptern wieder von dannen ziehen unter größtem Hohn- gelächter der vor dem Lokal postierten Arbeiterchaft, die dann noch das Lied anstimmte: „Muß i denn zum Städtelein hinaus“. Diese Latkei ist sehr beachtlich und eine entsprechende Antwort an die Schaumtschläger des Dritten Reiches.

Mainz. Generalversammlung am 24. Januar im Goldenen Flug- mäßiger Besuch. — Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Koll. Warmuth und Trotschitt in der üblichen Weise geehrt. — Beim Jahresbericht des Kollegen Grode standen im Vordergrund Erwerbslosigkeit, Lohnabbau und diesbezügliche Verhandlungen, die eine starke Tätigkeit des Vorstandes und des Brancheneleiters erforderten, um die Krisen- schwierigkeiten zu vermindern. Differenzen am Spruchauschuss und Arbeitsgericht wurden im Interesse der betreffenden Kollegen mit Erfolg beendet. Der Stand der Mitglieder wurde mit 124 gehalten. — Den Bericht über Quartals- und Jahresabrechnung erstattete Kollege Korn. Die Verwaltung ist mühsam und kostspielig, weil die Kollegen an 20 verschiedenen Orten anässig sind. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen durchs ganze Jahr. Die Lokalfasse schließt mit einem Bestande von 298,85 Mark ab. Dasselbe Bild zeigt die Jahresabrechnung der Hauptkasse, auch hier überstiegen die Ausgaben für Unterstützungen die Einnahme, was sich aber dadurch erklärt, daß wir einen hohen Invalidentand haben. — Bei der Aussprache erklärt Kollege Meind, daß es ungerecht sei, daß Krisenempfänger die E-Marken leisten müssen, trotzdem in vielen Fällen die Krisenunterstützung geringer ist als Wohlfahrtunter- stützung, und wünscht, daß über diese Anregung an den Hauptvor- stand berichtet wird zur Aufklärung und Auskunft. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer entlastet. — Der Gesamtvorstand wurde wiedergewählt, bis auf den Schriftführer Kollegen Hohmann, an dessen Stelle der Kollege Joh. Dit gewählt wurde. — Die Kon- trolle der Mitgliedsbücher führt zu einer regen und ersten Aus- sprache, weil festgestellt wurde, daß einige Kollegen es nicht genau nehmen mit der Beitragsleistung. Diese Fälle werden nachgeprüft und Maßnahmen des Vorstandes gutgeheißen. Zur Erleichterung der Unterkassierer wurde der Antrag des Kollegen Großmann angenommen, der bestimmt, daß in Zukunft jeder Kollege die Stempelfarte vorzulegen hat, wenn E-Marken verlangt werden. — Unter „Schriftliches“ gibt der Vorstand bekannt, daß die neuen Löhne für Pflasterer und Steinmehrer 1,28 Mark betragen. Bei „Anträgen zum Verbandstage“ wurde beschlossen, erst dann dazu Stellung zu nehmen, wenn die Tagung des Verbandstags feststehe. Zum Schluß wird noch der Antrag des Kollegen Wei angenommen, über alle Vorgänge der Zahlstelle im „Steinarbeiter“ zu berichten.

Geilnau. Hauptversammlung am 22. Januar, stark besucht. Be- richt vom verfloßenen Jahr, das uns neben der fürchterlichen Ar- beitslosigkeit — der Betrieb ruht seit August — noch allerhand mit den Notverordnungen gebracht hat. Besonders hart sind die letzten Richtlinien vom Landesarbeitsamt Hessen ausgearbeitet, zum Bezug der Krisenunterstützung, für die Kollegen auf dem Lande. Wer ein paar Morgen Land bewirtschaftet, ganz gleich, ob sie auf dem Berg oder an dem Berg liegen, sie werden in An- rechnung gebracht. Da kann man die berechtigte Unzufriedenheit der Kollegen verstehen. Diese Richtlinien, am grünen Tisch zu- sammengestellt, müssen geändert werden, die in Frage kommenden Gewerkschaften haben bereits Schritte dagegen unternommen. Der langjährige amtierende Vorstand wurde einstimmig wieder- gewählt. Ein gutes Zeichen in der bewegten Zeit, aber auch ein Ansporn, alles zu tun, um die Organisation bei der Arbeitslosig- keit gesund zu erhalten. Bezirksleiter Kollege Wolf, Marien- berg, sprach über die Ausichten der Arbeitsbeschaffung für das Jahr 1932. Wenn auch für Bahnschotter ein Schimmer vorhanden sei, für Pflaster aber noch nicht. Trotzdem die Preise für Beton und Pflaster fast gleich seien. Wolf sprach noch über die inter- nationalen Kredit- und Reparationsverhandlungen. Zum Schluß betonte er die Selbstverständlichkeit, daß die Steinarbeiter in der Eisernen Front nicht fehlen dürfen. Der Vorsitzende sprach im Namen der Versammelten, als er die Versammlung mit den Worten schloß: Wenn der Ruf an uns ergeht, zur Verteidigung der Republik und der Verfassung, dann kennen wir nur eins: Tritt gefaßt, im Gleichschritt marsch!

Kupferdreh. Die Versammlung am 30. Januar wurde mit der Bekanntgabe der Tagesordnung vom Vorstehen eröffnet. Ein- wendungen gegen das Protokoll der letzten Versammlung und Kassenbericht des 4. Quartals erfolgten nicht. Im Anschluß gab der Vorstehende den Kollegen noch einen kurzen Bericht. Wie überall war auch in unserer Zahlstelle der Projektions der Erwerbslosigkeit im vergangenen Jahre erschreckend hoch. Mit Jahreschluss sind sämtliche Mitglieder erwerbslos. Der Mitgliederbestand sank von 27 auf 21. Nur durch einmütiges Zusammenhalten und Pflicht- erfüllung jedes einzelnen ist es möglich, in der augenblicklichen Krise die Kampfkraft der Verbände für die kommenden Ause- andersetzungen mit dem Kapitalismus zu erhalten. Ordnungs- mäßige Beitragszahlung der wieder in den Arbeitsprozess ein- tretenden Kollegen ist die Vorbedingung. Wenn die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre um stark ein Drittel zurückgegangen sind, so ist dafür die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich zu machen. Auf die Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Kollegen kommt es an, damit die Kraft der Verbände erhalten wird. Dann weist der Vorstehende auf die Ausgaben der Ortskasse hin. Innerhalb eines Jahres wurde fast die gesamte Kasse geopfert zur Beihilfe für erwerbslose Kollegen. Bei einem Bestand am Jahresanfang von 227 Mark waren bis Quartalschluss 205 Mark für Unter- stützungszwecke verwandt worden. Wenn der Kassenbestand am Jahreschluss trotzdem noch rund 70 Mark betrage, so sei das der vorbildlichen Kassenführung des Kollegen Marklein zu ver- danken, dem er hierfür den Dank der Kollegen ausspreche. Mit dem Wunsch einer Besserung der Wirtschaftslage beendete Kollege Hagmann seine Ausführungen. Bei der Neuwahl wurde der gelamte Ortsvorstand wiedergewählt. Als Revisor wurde Kollege Doppers und als Kartellbelegierter Lambel gewählt. Nachdem noch einige örtliche Fragen ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorstehende die anregend verlaufene Versammlung.

Rundschau

Eine würdige Gedächtnisfeier veranstaltete am 23. Februar eine SPD-Mitgliederversammlung in Hildesheim für Hugo Braun, dessen 10. Jahres-Todestag am 23. Februar 1932 war. Der Geehrte war von 1906 bis 1913 in Straßburg und Karlsruhe Gauleiter im Steinarbeiterverband. Diese Tätigkeit jagte seinem regamen Geist nicht mehr zu, er schied freiwillig aus und fand nun in Hildesheim, zuerst als Arbeiterkretzler, eine andere, die ihn mehr befriedigte. Was nun unser Kollege, der Steinmeß Hugo Braun, den wir damals recht ungern aus dem Verbandsdienst scheiden sahen, dann für die sozialistische Bewegung im Hildesheimer Bezirk wurde, das brachte in der eingangs erwähnten Gedächtnisfeier — wir entnehmen diese Mitteilung dem örtlichen Parteiblatt — der Genosse Stephan im folgenden zum Ausdruck: „Heute von zehn Jahren riß der Tod einen mutvollen Kämpfer für die Freiheit des Volkes aus unseren Reihen. Hugo Braun nie zu vergessen und seiner stets zu gedenken, war das Gelübnis der Hildesheimer Arbeiterschaft an diesem Tage. Und so wollen wir auch heute an seinem zehnten Todestage seiner in Ehren gedenken. Im schönsten Mannesalter von 44 Jahren, in bester Schaffenskraft hat ihn der Tod von seinem Wirken abgerufen. Acht Jahre hat er unter uns gewirkt und an allen Fragen des öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens regsten Anteil genommen. Während des Krieges entfaltete er eine ausgiebige Tätigkeit zur Verringerung der Not. Kurz vor Ausbruch der Revolution wurde er als erster Sozialdemokrat zum unbesoldeten Senator der Stadt Hildesheim gewählt. 1920 wurde Hugo Braun dann befohlener Senator. Als am 9. November 1918 die Revolution ausbrach, stand Hugo Braun in vorderer Reihe des Arbeiter- und Soldatenrates. Und als am 13. März 1920 uns der Kapp-Putsch übergraschte, übernahm er die Führung bei der Abwehr dieses verbrecherischen Unternehmens. Hugo Braun verfügte über ein reiches Wissen. Er war ein fühler Rechner und glühender Idealist sowie eine selbstbewußte und freie Persönlichkeit. Aufgewachsen als der Sohn des Volkes, war und wollte er ein Sohn des Volkes bleiben und ist es bis zum letzten Atemzuge auch geblieben.“

Die Anwesenden erhoben sich dann von ihren Plätzen und legten das Gelübnis ab, im Geiste Hugo Brauns fortzuleben und zu wirken. Das ist auch unser Gelübnis, wobei wir eine geruhtene Freude empfinden, weil unserem verstorbenen Kollegen und Freunde in dieser Weise noch ehrend gedacht wird. Er hat es auch verdient.

Lumperei nennt man das! Am 9. Januar fand eine Berufungsklage der Niederhessischen Baufachwerke, G. m. b. H., Kassel-Malsfeld, vor dem Landesarbeitsgericht Kassel statt, bei der die Berufung abgewiesen wurde zugunsten unserer Verbandsmitglieder. Die Vertretung hatte unser Kollege Reiss, Kassel. Nun ist es interessant, zu erfahren, wie der APD-Berichterstatter in der „Hessischen Volkszeitung“ Nr. 4 darüber berichtet. Daß die Gewerkschaft einen Vertreter hatte, wird mit keinem Wort erwähnt, und zum Schluß sogar behauptet: „Wie immer, stand das Gericht auf Seiten der Arbeitgeber, die Kläger wurden mit ihrer Klage abgewiesen.“

Trotzdem das Gegenteil zu verzeichnen ist, bringt die APD-Presse einen solchen lügenhaften Bericht. Zur Rede gestellt, erklärte der Berichterstatter, daß er dem Redakteur wahrheitsgemäß berichtet habe, wie dieser nun das Gegenteil in der Veröffentlichung bringen könne, das verstehe er auch nicht.

Das sind die Kampfmethoden der APD-Presse. Kommentar überflüssig.

Eiserne Front und Hammerschichten marschieren! Im ganzen Reich findet der Massenaufruf der Eisernen Front statt. Eine Bewegung wurde entfacht, die dem Massenaufruf ihre Berechtigung herzunehmen in der Lage ist. Wo es auch sei, in Großstädten, in Industriegebieten, in Kleinstädten, auf dem Lande — von überall kommen sie zu Haus, um darzutun, daß sie bei dem Kampf um Republik gegen Diktatur dabei sein wollen. Die Arbeitermassen wissen, daß es in den nächsten Wochen um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung geht. Es ist eine leere Prägung, wenn Hitler prophetisch hat, daß es einen parlamentarischen nationalsozialistischen Staat nicht geben würde. Deshalb muß alles daran gesetzt werden, Hitler die Möglichkeit zu nehmen, einen solchen Staat überhaupt aufrichten zu können. Von einer demokratischen Freiheit oder gar von einem sozialen Staatswesen wird dann keine Rede mehr sein. Und weil dies auch von dem ärmsten Proletarier instinktiv geahnt wird, deshalb der Massenaufruf zu den Versammlungen der Eisernen Front. Erfreulich ist dabei, daß namentlich die Hammerschichten sich vorzüglich entwickeln. Und dies, trotzdem es den Arbeitern in den Betrieben wirklich miserabel geht. Und selbst die Ärmsten der Armen, die Arbeitslosen, stellen sich mit

Briefkasten

Freitadt W. Th. Die Bezugsdauer der Arbeitslosen- und Kriegenunterstützung beträgt insgesamt für Arbeitslose unter 40 Jahren 58, und für Arbeitslose über 40 Jahren 71 Wochen. Da Du 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hast, wird 32 Wochen Kriegenunterstützung gewährt. Wenn Umstände vorliegen, die eine Kürzung der Bezugsdauer der Kriegenunterstützung rechtfertigen, so ist das Arbeitsamt hierzu berechtigt.

Kandensader H. A. Mit der Notverordnung vom 8. 12. 1931 wurde den Krankenkassen zwingend auferlegt, die Mehrleistungen ab 1. 1. 1932, sofern die Beiträge 5 Prozent übersteigen, aufzuheben. Da nach § 182 der RVD nur kleinere Heilmittel zu den Regelleistungen gehören, ist Zahneratz und Kieferchirurgie, die als größere Heilmittel benannt sind, nicht mehr zu gewähren. Es besteht demnach bei der Krankenkasse kein Rechtsanspruch auf Zahneratz.

In der Invalidenversicherung ist eine Änderung nicht eingetreten. Laut § 1269 der RVD sollen die Landesversicherungsanstalten Mittel anwenden, die Invalidität zu verhindern oder aufzuheben.

In Deinem Falle liegt die Gefahr eintretender Invalidität vor. Es ist daher ein Antrag unter Beifügung eines ärztlichen Attestes einzulegen. Ob die Landesversicherungsanstalt den früheren von der R.A. bezahlten Anteil übernimmt, entzieht sich unserer Kenntnis.

Kadgendorf O. A. 1. Eine neue Anwartschaft in der Arbeitslosenunterstützung ist erfüllt, wenn in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung mindestens 26 Wochen pflichtversicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen wird. In der Zeit von 12 Monaten werden Krankheitszeiten oder selbständige oder versicherungsfreie Beschäftigung nicht eingerechnet. Auch wird Anstaltsunterbringung und Berufsumschulung mit berücksichtigt. Es darf jedoch nicht weiter als 3 Jahre vom Tage der Arbeitslosmeldung an gerechnet, zurückgegriffen werden. — 2. Kriegenunterstützung ist nicht rückwirkend pflichtig. — 3. Ja, der Familienzuschlag wird jedoch beim Bezüge von Arbeitslosenunterstützung für die Schwiegereltern auch dann nicht gewährt, wenn der Unterstützungsempfänger überwiegend Ernährer ist.

A. Sch. Wenn die Rückzahlung der bezogenen Unterstützung durch den Arbeitsamtsvorstehenden angeordnet wurde, so dürfte nach dem mitgeteilten Sachverhalt Anspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes nicht ohne Erfolg sein. Wenn die Einpruchsschrift (14 Tage nach Bekanntgabe) noch nicht verfrachtet ist, empfehlen wir, von dem Rechtsmittel Gebrauch zu machen.

J. F. Ueber solche Mitteilungen können wir keine Auskunft geben, darin fehlt der Redaktion und den Vorstandsmitgliedern jede praktische Erfahrung. Aber es gibt ein Lehrbuch, „Die Kunst des Lehrens“ von S. Lehner in dritter Auflage, zu beziehen durch H. Hartmanns Verlag, Leipzig. Preis brosch. 9 Mark, geb. 10 Mark.

Alteffing P. Darüber gibt es eine Anzahl Schriften, wende Dich zur Erhaltung eines solchen Schriftenverzeichnis an den „Kasseler“, G. m. b. H., Berlin W 62, Kieganstraße 2“.

ihren ganzen Person zur Verfügung. Eine Bewegung, die von einem solchen Impuls und einer derartigen inneren Festigkeit getragen ist, wird dafür sorgen, daß die Bäume der Nazis nicht in den Himmel wachsen. Deshalb weiter und für die Eiserner Front, bis der „Mythos des 20. Jahrhunderts“ zur lächerlichen Figur herabsinkt.

Nazi-Kampf um die Betriebe. Mit gesteigerter Aufmerksamkeit wenden sich die Nationalsozialisten in Deutschland der Eroberung der Betriebe zu. Es ist ihnen nicht unbekannt, daß hier die Stärke der Arbeiterbewegung verborgen liegt. Die Arbeiterschaft ist nicht das haltlose Bürgertum, das im Linde hin und her weht. Ein neues Rundschreiben der Reichsleitung der NSDAP. fordert, daß jedes Parteimitglied, das Arbeitnehmer ist, gleichzeitig der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation beizutreten hat. Jeder Ortsgruppen-Betriebswart ist angehalten, sofort die Kartei nochmals durchzugehen, und säumige Parteimitglieder zum Eintritt in

Sowjetdeutschland?

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird in Kürze eine Streitschrift: „Sowjetdeutschland?“ der Öffentlichkeit übergeben, die den leeren Dellenationen der Kommunisten das Tatsachenmaterial entgegenhält. Der nachfolgende Beitrag ist dem Kapitel dieser Schrift: „Führt Sowjetdeutschland zum Sozialismus?“ entnommen.

Nach der Feststellung, daß eine Staatsfabrik noch lange kein sozialistischer Betrieb ist, wenn auch die Staatsmacht sich proletarisch nennt, und der Folgerung daraus, daß die von den Bolschewisten dem russischen Volke aufgezwungene Staatswirtschaft zwangsläufig in eine Art Staatslauerer mündet, heißt es weiter:

Aber vielleicht ist in Deutschland die Sowjetwirtschaft mehr am Plage? Vielleicht haben die Kommunisten recht, wenn sie die Stalinische Generallinie für die deutsche Wirtschaft anwenden wollen?

Auf den ersten Blick hat das etwas Bestechendes. Was Utopie im Agrarlande ist, kann im hochindustriellen Deutschland aussichtslos erscheinen und verfehlt werden. Zum Unterschied von Rußland hat Deutschland nicht nötig, erst die technisch-ökonomischen Voraussetzungen für die Sozialisierung — die Fabriken und Kraftwerke, die Eisenbahnen und Handelsflotte — zu schaffen. Die Industrialisierung ist schon da. In Deutschland fehlt es nicht an qualifizierten Arbeitern, an Ingenieuren und Technikern, an Volkswirtschaftlern. Deutschland ist kein Land der Analphabeten! In Deutschland bildet das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dazu ist es politisch geschult und organisiert.

Das alles stimmt. Aber das sind eben alles objektive Voraussetzungen für die sozialistische Umwandlung Deutschlands im Rahmen und mit Mitteln der Demokratie. Das ist eben das Ziel und der Weg der deutschen Sozialdemokratie.

Gerade weil Deutschland wirtschaftlich, sozial und kulturell ein hochentwickeltes Land ist, ist der Weg der Oktoberrevolution — auch für die deutsche Arbeiterschaft ungangbar. In Rußland ist sofortiger Sozialismus eine sinnlose Utopie. In Deutschland ist die Sozialisierung durch eine diktatorische Minderheit ein waghalliges Abenteuer, das sich nur zu bald mit dem Wirtschaftszersfall rächen würde.

Die Herstellung und Befestigung einer Diktatur ist in Deutschland (wie es allerdings auch in Rußland der Fall war) nur auf dem Wege des blutigen Bürgerkrieges möglich. Bürgerkrieg bedeutet aber Wirtschaftszersfall, Inflation, Kriegsgefahr. Wird „Sowjetdeutschland“ proklamiert, so werden die Auslandskredite automatisch aufgehoben. Deutschland ist auf Export angewiesen. Es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß „Sowjetdeutschland“ mit einer Wirtschaftsbloade begegnet würde. Dasselbe gilt für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, auf welche Deutschland als Industrieland gleichfalls angewiesen ist.

„Sowjetdeutschland“ bedeutet Diktatur der Minderheit. Sie wird nicht nur die Großbourgeoisie und Großagrarier, sondern auch die Bauernschaft, den Mittelstand, die Intellektuellen, das Beamtentum geschlossen gegen sich haben sowie einen beträchtlichen Teil, ja die Mehrheit der Arbeiterklasse. Sie wird dann notwendig zur Waffe des grauamsten Terrors greifen müssen. Und die deutschen Kommunisten sind im voraus dazu bereit! Sie predigen begeistert den Terror à la Ljubjanka. Sie träumen vom „An-die-Wand-Stellen“. Man wird wie in Rußland mit den Adligen und Industriellen anfangen und mit den sozialistischen Arbeitern und Kleinbauern enden. Die Wissenschaft wird geteilt und uniformiert, die geistige Freiheit wird getötet werden und mit ihr die freie Initiative, der Mut der Verantwortlichkeit, die Arbeitsfreude. Das politische Leben, die Presse, die freien Organisationen — und nicht nur der Ausbeuter, sondern auch der Ausgebeutete — werden wie in Rußland unterdrückt, verstümmelt, auf der Welt geschafft. Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Kulturverbände — alles wird verstaatlicht, bolschewisiert, militarisert, enteelt.

„Sowjetdeutschland“ wird sich als Bundesglied der Sowjetunion anfügen und anpassen müssen, und kein anderer als Stalin in eigener Person wird die höchste Instanz, der Oberdiktator Deutschlands sein. Wer anders als Stalin und sein Strommann Thälmann zu denken, zu sprechen, zu handeln versuchen wird, der wird dies in den Kellern der deutschen Tscheka fürchtbar bereuen müssen. Die komplizierte deutsche Wirtschaft wird automatisch zum Objekt der Stalinischen oder Thälmannschen Versuchspolitik werden. Auch in Deutschland wird der angebliche bolschewistische Sozialismus „erhungen“ werden müssen, vielmehr zum Hunger führen, statt mehr Freiheit, Glück und Arbeitsfreude mit sich zu bringen.

Ueber einen mehr oder weniger langen Umweg wird jedoch Deutschland nach dem bolschewistischen Experiment zur kapitalistischen Restauration, und zwar in faschistischer Form, zurückkehren. Die Idee des Sozialismus wird inzwischen diskreditiert, die Arbeiterklasse verzweifelt und desorientiert, die Demokratie zerstört sein.

Die Spuren von Ungarn und Tschechen schreien! Durch das Tor des Bolschewismus kann nur der Faschismus eindringen. Nein, die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands, die mehr Erfahrung haben als ihre armen russischen Klassenbrüder, werden „den Weg der Oktoberrevolution“ nicht betreten. Ihr Ausweg aus der kapitalistischen Hölle führt durch die Demokratie zum demokratischen Sozialismus!

die Betriebszellenorganisation aufzufordern. Aus dem Erlaß der Reichsleitung geht hervor, daß man bestrebt ist, die Betriebszellen so stark zu machen, „um alle lebenswichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen.“

Kapp-Putsch-Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen.“ Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß man mit allem Nachdruck eine genügende Anzahl von Arbeitern heranzubilden beabsichtigt, die im Ernstfälle die Produktion in lebenswichtigen Betrieben fortführen kann. Deshalb heißt es auch in dem Rundschreiben: „Die Übernahme der Macht wird uns vor schwierigsten Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen.“

Man soll derartige Mahnungen nicht überhören aber auch nicht unterschätzen. Es leuchtet daraus der ernsthafte Wille hervor, für alle Fälle gerüstet zu sein. Das Geheimnisschreiben offenbart weiter, daß man mit Nachdruck zur Schulung von Funktionären in sozialpolitischen Dingen schreiten will. Ohne Zweifel ist an sozialpolitischen Fachleuten bei der Hitlerpartei Mangel. Deshalb sucht man sich solche, wo man sie auch nur findet. Das ganze beweist uns aber, mit welcher Hartnäckigkeit die Nazis gegen die Arbeiterbewegung anzutreten versuchen und welcher Mittel sie sich dabei bedienen. Schließlich haben ja auch die Unternehmer ihre Millionen nicht umsonst geopfert. Sie wollen für ihr Geld endlich etwas sehen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Der Ausschluß des Steinmeß Hermann Vogel in Köln, bekanntgegeben in der Nr. 3 des „Steinarbeiter“, wurde nach einer von ihm abgegebenen Erklärung rückgängig gemacht. Der genannte Kollege bleibt demnach Verbandsmitglied.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Berjammlungen:

- Sonnabend, 5. März. In Charlottenburg um 19½ Uhr bei Köhlig, Schloßstraße 45.
- Sonntag, 6. März. In Hirschberg (Kielengeb.) um 14 Uhr in der „Alten Hoffnung“. Mitgliedsbücher mitbringen.
- In Stettin (Steinmeß) um 10 Uhr bei Bartels, Barnim, Ecke Pionierstraße. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Dienstag, 8. März. In Hannover (Steinmeßsektion) um 19 Uhr bei Mintz. Mitgliedsbücher mitbringen.

In Schwarzenbach a. S. wie auch in Bremen hat sich an den strittigen Vorkommissionen noch nichts geändert. Jeder, der Anspruch auf den Namen „Kollege“ erhebt, meldet die genannten Orte.

Mainz. Alle Kollegen, ob auf der Reise oder in der Umgebung von Mainz anfähig, haben sich unbedingt von Nachfrage um Arbeit bei dem Vorliegenden Konrad Grobe, Martinstraße 30, II, oder dem Kassierer Karl Korn, Fischmarkt 8, zu melden. Diese dringende Notwendigkeit wird jedem Kollegen dann erklärt.

Berlin. Berichtigung: Im gedruckten Jahresbericht 1931 der Zahlstelle Berlin, wird infolge ungenauer Berichterstattung auf Seite 6 Absatz 1 gefagt: Anders wäre kurz vor dem Streik plötzlich erkrankt. Tatsache aber ist, daß Anders kurz vor dem Streik einen kleineren Unfall erlitt und deshalb krankgeschrieben wurde, was ihn aber nicht hinderte, sich in der angegebenen Weise zu betätigen. Gustav Ritsche.

Adressenänderungen

- 2. Gau: Königshain. Postbezeichnung: Görlich-Land.
- 7. Gau: München. Vorj.: Johann Moser, Daiserstraße 48, IV r. — Triefendorf. Kass.: Alois Zeitler, Triefendorf Nr. 27.
- 10. Gau: Einbed. Vorj.: Adolf Grittner, Eigenheimstraße 1.
- 11. Gau: Friedland. Kass.: Richard Goltz, Salaverstraße 29.

Neue Bücher und Zeitschriften

Der Lungenkranke, was er wissen und wie er leben soll. „Erscheinungen und Heilung der Tuberkulose als Einzelkrankheit sowie Vorbeugung und Bekämpfung der Tuberkulose als soziales Leiden nach den Grundfragen der biologischen Heilunde.“ Gemeinverständlich dargestellt von Dr. med. Wolfgang Bohm, händischer Fürsorgearzt. Preis 2 Mk. Verlag von Hans Sebalds Nachf. Kurt Konniger, Leipzig. Aus dem Inhalt: Tuberkulose und Atmung. — Die Entstehung der Lungenschwindsucht. — Die Erscheinungen der Tuberkulose. — Die Abwehr und Lebensführung. — Die Heilmittel. — Das Tuberkulin. — Die operative Behandlung der schweren offenen Lungenschwindsucht. — Anfertigungsgefahr und Desinfektion. — Die Ehe der Tuberkulösen. — Tuberkulose und Gesellschaft. — Die Kinder-Tuberkulose. — Die Tuberkulose der alten Leute. — Die Heilkräfte. — Tuberkulosegefahr und Fürsorgestellen.

Ein sehr praktisches, von sozialem Denken erfülltes, aber auch ein tanzeres Buch. Der Verfasser hält, von einer höheren sozialen Werte getrieben, mit seiner ärztlichen Kritik an den gegenwärtigen Zuständen durchaus nicht zurück, wodurch die Schrift auch Bedeutung erlangt über den Kreis der Lungenkranken hinaus, für die sie in erster Linie gedacht ist. Um was sich die Aufgabe dreht, zu deren Lösung das Buch beiträgt, sagt der Verfasser auf Seite 60: „Die Bekämpfung der Tuberkulose ist eine unter vielen Aufgaben der doch meist völlig neu geschaffenen Gesundheitsämter, es fehlt infolge der schlechten Staatslage an Mitteln und Fürsorgekräften, selbst dort, wo die Frage eines Abbaues gar nicht erwähnt werden konnte. Auf der anderen Seite dagegen ist die Arbeit, die Aufgabe recht groß. Rechnen wir doch in Deutschland noch immer mit 100 000 Todesfällen an Tuberkulose im Jahr, an eine fändige Zahl von 360 000 anfertigungsfähigen Kranken, von denen 300 000 an offener Tuberkulose leiden. Es leben in Deutschland 8-900 000 Tuberkulose!“

Wie bereits bemerkt, ein praktisches Buch, das nicht nur in die Hände der Lungenkranken oder deren Angehörige gehört.

Friedrich Wendel: Hitler gegen die Lebensinteressen Deutschlands. Der abschließende Krieg gegen Frankreich, Rußland und die Randstaaten. Dieß-Verlag. Preis 15 Pfennig.

Wendel beschäftigt sich eingehend mit dem in der breiten Öffentlichkeit Deutschlands noch nicht genügend gewürdigten Plan Hitlers, einen Angriffskrieg gegen Frankreich, Rußland und die Randstaaten zu führen. Ist dieser Plan schon Wahnsinn, so bildet er doch nach Hitlers eigenem Eingeständnis das Kernstück seiner Politik. Sie hat Deutschland bereits schweren Schaden zugefügt, sie würde, in ihren letzten Konsequenzen realisiert, das Ende Deutschlands bedeuten. So kommt denn Wendel zu der Feststellung: „Wäre Hitler ein Agent des französischen Kanonenkapitals, er könnte nicht anders handeln als er handelt.“ Die außerordentlich schweren Aufgaben, die in dieser Broschüre gegen den Führer der NSDAP. erhoben werden, werden im Lager der Hitler-Partei wahrscheinlich nicht ohne Nachklang bleiben. Die Lektüre der schneidigen Broschüre ist dringend zu empfehlen.

Das Februar-Heft der Zeitschrift „Die Büchergilde“ macht die größere Öffentlichkeit zum ersten Male mit einem Künstler bekannt, der es verdient, an die Seite eines Hans Majereel gestellt zu werden. Professor Karl Kösting, von dem die Büchergilde ein großes Holzschmittwerk „Mein Vorurteil gegen diese Zeit“ in Vorbereitung hat, ist in der vorliegenden Zeitschrift mit drei Arbeiten vertreten. Besonders eindrucksvoll und wirksam ist das Titelblatt „Die Republik probiert“. Das Heft enthält Beiträge u. a. von Fredrik Porelius und Otto Graf, und es zeigt die Preisrehabilitation an, die den Monatsbeitrag für die Mitglieder der Büchergilde auf 90 Pfennig festsetzt und damit eine Verbilligung der Bücher um 10 Prozent bringt. Die Zeitschrift wird den Mitgliedern monatlich gratis geliefert.

Gewerkschaften, Friedensvertrag, Reparationen! Herausgegeben vom Vorstand des ADGB in seiner Verlagsgesellschaft, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Preis der Broschüre 15 Pfennig.

Die Schrift enthält zusammengestellt Äußerungen der freien Gewerkschaften und ihrer Führer zum Reparationsproblem. Die Äußerungen zeigen, welche Haltung die Gewerkschaften stets vertreten haben, und wenn sie heute erklären: „Schluß mit den Reparationen!“ so ist das durchaus keine taktische Schwermut, wie Böswillige und Schmarlatane behaupten, sondern eine ganz konsequente Haltung, aus dem 13jährigen Opferbringen des deutschen Volkes für Reparationen. Die Schrift ist zeitgemäß und sollte in keinem Rüstzeug eines Gewerkschafters fehlen, zumal das Reparationsproblem an einem neuen Wendepunkt angelangt ist und in der Öffentlichkeit mehr wie bisher diskutiert werden wird.

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Dresden. Am 15. Februar der Schleifer Gustav Treppe, 74 Jahre alt, 3 Jahre krank, Magenkrebs.
- Schopfloch. Am 15. Februar der Sandsteinmetz Theodor Kränzlein, 52 Jahre alt, 17 Wochen krank, Magenkrebs.
- München. Am 17. Februar der Steinmetz Georg Scheuermann, 70 Jahre alt, 3½ Jahre krank, Bauchfellentzündung.
- Bamberg. Am 21. Februar der Steinsetzer Peter Elitzer, 79 Jahre alt, 2 Monate krank, Speiseröhrenkrebs.
- Wurzen. Am 22. Februar der Pflastersteinmacher Oswald Hähnel, 71 Jahre alt, Herzs Schlag.
- Striegau. Am 24. Februar der Granitsteinmetz Gustav Thiel, 58 Jahre alt, 4 Jahre krank, Herzmuskelschwäche.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, Heide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Betrachtungen

„Der Kapitalismus stirbt.“

Unserer Redaktion wird geschrieben:

Das Großkapital scheint noch gar nicht zu ahnen, daß es bei der jetzigen Krise um mehr geht als es bei früheren der Fall war. Es steht dem Wirtschaftselend wirklich verständnislos gegenüber. Oder ist es ausgesprochene Hilflosigkeit? Will man oder kann man sich nicht der Lage anpassen? Nötig wäre jetzt, nur noch den einen Gedanken zu helfen über alles entscheiden zu lassen. Der Kapitalismus muß doch endlich einsehen, daß gerade er die Aufgabe hat, den arbeitslosen Massen, dem schwersten Not und Mangel an allem lebenden Volke zu helfen. Es ist mit dem nichts als Nur-Geld-Verdienen nicht getan. Heute muß der Kapitalismus zeigen, daß er etwas kann, heute muß er zeigen, daß doch allen Vorwürfen zum Trotz eine sittlich starke Kraft in ihm wirksam werden kann. Aber die Wirtschaftsgewaltigen denken nach wie vor nur in Zahlen, Sachen und Werten. Der Mensch tritt bei ihren Unterjochungen, ihrem Wollen, ihrem bald überstürzten, bald falsch berechneten Handeln ganz zurück. Wenn wieder einmal eine Karre festgefahren ist, ringt man hilflos die Hände nach dem Staat, den man sonst nicht rücksichtslos und herausfordernd genug behandeln kann. Der Staat kann ja nicht ruhig zusehen, daß die fehlerhaft verwalteten Betriebe schließlich geschlossen werden und immer neue Massen arbeitsloser, hungernder Menschen entstehen. Er muß notgedrungen neue Millionen zum neuen Weiterwachsen und Weiterverwirtschaften aus dem darbenenden Volke ziehen. Indessen behalten die sogenannten Führer ruhig ihre Stellungen und ihre Kiefengehälter. Ab und zu werden auch bei Wirtschaftsvereinsbesprechungen solche Direktoren und Generaldirektoren mit vollen Hunderttausendmarkgehältern „von der Wirtschaft pensioniert“. Muß nicht das Volk an einer Wirtschaft verzweifeln, die in schwerer Zeit so vollkommen versagt, versagt als Arbeitsorgan des Volkes und versagt als geistige, sittliche und kulturelle Kraft im Erhalten und Weiterentwickeln dessen, was vorausgegangenem Geschlechter schufen? Es sind heute keineswegs nur noch lediglich die Arbeiter, die zweifelnd fragen: „Ist das Ende des privatwirtschaftlichen Kapitalismus schon nahe?“ So blind und willenlos sind auch die sogenannten bürgerlichen Kreise im Strome des Geschehens treiben lassen, sie mehren sich doch die Stimmen, die verraten, daß ganz eigenartige Gedanken unter der undurchsichtigen Oberfläche der ehemaligen selbstgefälligen Behaglichkeit rege werden.

In einem Aufsatz der Zeitschrift „Die literarische Welt“ mit der Ueberschrift „Was steht noch vom alten Europa?“ wird betont, daß man in England vorurteilslos ist als in Deutschland. Es heißt da: „Aus einem sozialistischen Theoretiker wie Sidney Webb würde bei uns kein Lord Pasfield.“ Und an anderer Stelle: „Für den Engländer ist es nichts Wunderbares, daß ein weltberühmter Professor des Altgriechischen, wie Gilbert Murray, einer der wichtigsten Vorläufer des Sozialismus geworden ist... Solange England sein klassisches Prinzip nicht aufgibt, wird es auch imstande sein, den notwendigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen, ohne seine große Rolle in der Weltgeschichte opfern zu müssen. Wenieler schwieriger hat es der Deutsche!“ Dieser bedeutungsvolle Aufsatz schließt: „Jedes europäische Volk kann in der neuen Ordnung der Dinge, die seit 17 Jahren sich entwickelt und die vielleicht auch in weiteren 17 Jahren noch nicht da sein wird, jedes kann nur insofern leben, wie es klassisch und sozialistisch zugleich sein wird. Der Kapitalismus stirbt. Aber wir Europäer sind keine Russen.“

Ueber Italien heißt es in diesem Aufsatz: „Was Mussolini tut, das ist einmal der halbherzige Versuch, heidnisch-alt-römische Elemente wieder aufzunehmen, nachdem sich die kapitalistische Ordnung des 19. Jahrhunderts für Italien als lebensbedrohend erwiesen hat. Es ist aber auch noch etwas anderes; Richard Hülsenbedat hat einmal gesagt, der Faschismus sei der Versuch, Italien in die Formen des technisch-zivilisierten Zeitalters zu überführen. Demnach wäre der Faschismus das notwendige Durchgangsstadium zu einer höheren Ordnung, die aber in dem Heimatland der römischen Kirche nie anders als mit Klaff durchtränkt sein kann.“

Wenn man solche Sätze liest, liest in einem unpolitischen, aber immerhin sogenannten „bürgerlichen“ Blatt, merkt man doch wieder, wie sehr die gewaltigen Zeitergebnisse das Denken der Menschen beeinflussen. Es kann ja auch nicht anders sein. Leider aber ist Denken nicht jedermanns Sache. Der Spießbürger, der ja nun doch einmal in der Mehrheit vorkommt, denkt nicht gerne selbst, er ist zum sehr großen Teil geradezu unfähig dazu geworden. Er läßt sich führen und oft auch irreführen. Er liebt Sprünge und Schlagworte als Denkmittel. Aber er ist nicht nur bequem und oberflächlich, er ist auch — und das ist viel schlimmer — äußerlich feige. Er fürchtet die Wahrheit bis zum Haß, zum blinden Haß natürlich, denn er ist trotz seiner kleinlichen, handfesten Selbstsucht kein eigentlicher Feind von Wahrheit und Recht. Der Spießbürger wird besonders dann als Mensch und Staatsbürger minderwertig, wenn er nicht von Lohn oder Gehalt, sondern vom Geschäft lebt, eben von Ge-

winnen und Profiten und dergleichen unübersichtlichen, oft recht fragwürdigen Dingen. Der Kapitalismus entwertet den Menschen, oft dort noch mehr, wo er nur in kleinen Formen vorkommt, als dort, wo er zur lebensgestaltenden Macht für viele geworden ist, wo er schicksalsbestimmend für wirtschaftlich Abhängige, für Lohn- und Gehaltsempfänger, wirkt. Es ist wohl verständlich, daß denkende Menschen, die nicht voll von den Nöten und Streitereien des Tages erfüllt werden, zu dem Schluß kommen: „Seit 17 Jahren entwickelt sich eine neue Ordnung der Dinge... Der Kapitalismus stirbt.“

Der Kapitalismus stirbt an seiner geistig-sittlichen Unwertigkeit. Aus dieser erklärt sich auch seine jetzt plötzlich so trag in die Erscheinung tretende Unfähigkeit. Ob es seinerzeit richtig war, einen Wirtschaftsbeirat zu berufen, der größtenteils aus Kartell- und Teuerungsbekämpfern besteht? Von Menschen, die vom Kapitalismus gezeichnet sind, kann niemand erwarten, daß sie vorurteilslos und sachlich oder gar gemeinsinnig über Wirtschaftsfragen entscheiden. Der englische Großkapitalist hat allenfalls noch den Mut und die Kraft, sich selbst Opfer, schwere Opfer auch anzubefehlen, wenn Staat und Volk in schwerer Not sind. Vom Deutschen hat man so etwas noch nicht erlebt. Er schiebt, als Klaffe verstanden, sein entbehrliches Kapital über die Grenze und ruft den Staat an, wenn er in die Enge gerät und nirgends mehr auch nur noch einen Pfennig geliehen bekommt. Aber er gibt dem Staate oder dem Volke freiwillig nichts, wenn er es auch noch so gut könnte. Er gibt ja dem sehr stark gefährdeten Staate nicht einmal das, wozu er gesetzlich verpflichtet ist, obgleich er weiß, daß Sein und Nichtsein für die nichtbesitzenden Massen davon abhängt. Deutschland ist vor dem Kriege überstürzt schnell reich geworden. Das hat sich schon in mancher Hinsicht gerächt, rächt sich aber ganz besonders hart in heutiger Notzeit. Kapitalist und Kapitalist ist doch noch graduell etwas Beschriebenes. Sp.

Konjunktur und Krise in der kapitalistischen Wirtschaft.

Noch eine bemerkenswerte Zusage aus Kollegentreuen: Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich die Entwicklung in wellenartiger Auf- und Ab; ein scheinbarer Kreislauf beherrscht das System. Es ist mitunter, als wenn etwas in der Luft läge, als ob der sich bemerkbar machende Umschwung seinen Sitz außerhalb der handelnden Menschen hätte. Wie eine Epidemie bricht die Bewegung in das Wirtschaftsleben ein, alles in ihrem Strudel, in ihren Rann ziehend und hemmungslos mit fortziehend. Einmal aufwärts sich überhebend bis in höchste Höhen und dann wieder lawinenartig abwärts in die Tiefe. Als Konjunktur und Krise werden diese Erscheinungen bezeichnet. Aufstieg soll es sein, Kraftentfaltung und Auftrieb, um es dann wieder Niedergang zu nennen, Reinigungsprozeß und Ausscheidung lebensunfähiger Existenzen. Theorien werden aufgebaut und heftig umstritten und mit viel Weisheit und Gelehrsamkeit wird die Gesetzmäßigkeit dieser Vorgänge behauptet.

Nachfragesteigerung ist die Voraussetzung und im allgemeinen auch das erste Anzeichen beginnender Wirtschaftsbelebung (Konjunktur). Ist einmal der Anstoß gegeben, dann macht es sich bald auf allen Gebieten bemerkbar. Die Produktion erfährt Belebung, Ausdehnung und Erweiterung. Hierdurch werden Teile des Arbeitslohnheeres aufgezogen und deren Kaufkraftsteigerung erhöht wiederum den Konsum, schafft der Wirtschaft immer größeren Antrieb und bringt es schließlich so weit, daß nicht nur alle Arbeitslosen in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden, sondern darüber hinaus sogar Arbeitermangel eintreten kann. Vor allem aber steigt die Nachfrage nach Kapital, es tritt Erhöhung des Zinssatzes ein und ebenso ziehen die Kurse der Industriepapiere (Aktien) an. Eine allgemeine Preiserhöhung ist die Folge, was von den Arbeitnehmern durch erhöhte Lohn- und Gehaltsforderungen auszugleichen versucht wird und, solange sich die Wirtschaft in aufsteigender Kurve befindet, auch von Erfolg begleitet ist. Dadurch tritt Einkommensermehrung ein, wodurch die Spartätigkeit wie auch die Spekulation angeregt und gefördert werden. Der starke Kapitalzufluß in die Wirtschaft bewirkt aber auch übermäßigen Auftrieb. Neugründungen werden vorgenommen, die bestehenden Betriebe erweitert und ausgebaut, die modernsten Maschinen, die neuesten Erfindungen der Technik finden Verwendung, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Neue Bedürfnisse werden hervorgerufen und der Kampf um den Kunden wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geführt. Diese Aufblähung bewirkt schließlich auch eine Ueberfüllung und Versteifung des Marktes. Die Aufnahmefähigkeit ist erschöpft und es tritt allgemeine Unsicherheit ein. Damit hat die Konjunktur den Kulminationspunkt, d. i. die Spitze der aufsteigenden Linie, überschritten.

Obwohl in diesem Zustand der Wirtschaft, vielfach auch mit un-lauteren Mitteln, versucht wird eine Scheinblüte vorzutäuschen, so läßt sich doch schließlich eine Umkipfung der Geschäftslage nicht vermeiden. Alle Lagerräume sind vollgestopft, die Kaufkraft läßt nach und schlägt sogar in das Gegenteil um. Teilweise gelingt es durch Saison- und Ausverkäufe, durch Preisunterbietung die Kaufkraft zum Aufladern zu bringen. Unverkennbar ist jedoch ein Abflauen festzustellen. Vor allem macht es sich bemerkbar in Zusammenziehung und Einengung des Kreditwesens. Uebermäßig starke Rückforderungen von Depositen (Einlagen) und Spargeldern vermindern den Zustand der allgemeinen Unsicherheit. Ver-

stärkt wird dies alles noch dadurch, daß die Börse, die doch eigentlich ein getreues Spiegelbild der wirklichen Lage geben sollte, in solchen Zeiten zu wilden Spekulationen mißbraucht wird. Wenn beispielsweise manche Industriepapiere künstlich überbewertet werden, indem durch vorgetäuschte gute Beschäftigung, angeblich sehr großen Auftragsbestand und glänzenden Geschäftsabchluß, dargelegt durch frisierte, wenn nicht gar gefälschte Bilanzen, ihre Kurse Hunderte von Prozenten über pari (Ausgangskurs) hinaufgetrieben werden. Klöcklich stürzt das Kartenhäuslein ein, und die vordem so goldsüßeren Anlagewerte (Aktien) finden dann für 40 Prozent oder weniger zu haben. Solche Börsenkränche ziehen aber meistens weitere Kränche und wirken sich oft in verheerendem Sinne aus. Zwangsverkäufe und allgemeine Panik sind die Begleiterscheinungen und lösen alsdann eine Welle von Zahlungsschwierigkeiten und Konkursen aus. Allgemeine Mutlosigkeit und Depression greifen Platz und tastend sucht man einen Ausweg. Die Arbeitgeber kennen dann nur das eine, Senkung der Gesehungskosten durch Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Daß dem aber Preisentwertung vorzugehen muß, der Gedanke kommt ihnen fast nie. Ebenso auch nicht der, daß die überfülltesten Direktorengehälter und dergleichen weit eher eine Beschneidung gestatteten.

Eine Krise kann durch verschiedene Ursachen herbeigeführt werden. Einmal kann es sich um die sogenannte Normalkrise handeln, die durch Marktübersättigung entsteht. Zum andern kann es eine Spekulationskrise sein, indem durch gewagte Transaktionen und künstlich forcierte Kurse die Aktien hochgetrieben werden, um sie nach dem Sturz billig aufzukaufen. Wir kennen auch die durch Verknappung der Zahlungsmittel eintretende Geldkrise und als Gegenstück die durch zuviel Geld entstehende Inflationskrise. Immer jedoch folgte auf den Tiefstand der Krise wieder eine aufsteigende Konjunkturlinie. Ja, man hat sogar versucht, den Zyklus, das ist die wiederkehrende Periode von Konjunktur und Krise, zu berechnen. War dies vor dem Weltkrieg schon nicht einwandfrei möglich, so ist es seit dem noch viel schwieriger geworden. Die Industrialisierung ehemaliger Blahgebiete hat die Erschließung neuer Märkte überflügelt und bedroht sogar die Existenz der alten Industrieländer. Eines aber ist bemerkenswert: hatten in den Anfängen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft diese Zyklen eine ziemliche Regelmäßigkeit, so hat sich dies grundlegend gewandelt. Es ist infolgedessen anders geworden, als die Wirtschaftsbelebung ganz zögernd einsetzt, dann zu einer kurzen Hochkonjunktur emporsteigt, um dann sich abzustürzen und das Tal der Krise immer mehr an Breite zugenommen hat. Die Krisentheorien haben jeglichen Halt verloren. Auch die von bürgerlichen Volkswirten vor Jahren aufgestellte Behauptung, daß drahtlose Telegraphie, Telefon und Rundfunk nunmehr jegliche Krise unmöglich machen, ist fehlergefallen.

Die gegenwärtige Weltkrise wird als Rationalisierungs- und Wirtschaftskrise bezeichnet. Der Drang des Kapitalismus, als auch sein Wesenszweck ist die Erzielung möglichst hohen Profites. Um das zu erreichen, schreut er vor keinem Mittel zurück. Das Ziel ist größtmögliche Zusammenballung, um dann mit Monopolstellung den Markt zu beherrschen (Interessengemeinschaften, Syndikate, Konzerne, Trusts). Widerstrebende Außenleiter werden durch schärfsten Konkurrenzkampf (Preisdumping) müde gemacht und schließlich aufgelassen. Die Betriebe werden mit den neuesten und leistungsfähigsten Maschinen ausgestattet, um den Arbeiter überflüssig zu machen und die Produktion zu steigern. Mit der Stoppuhr werden die einzelnen Arbeitsvorgänge gemessen (Taylorismus), wissenschaftlich durchdacht und erforscht, Band- und Fließarbeit sind Trumpf und ermöglichen, daß mit der Hälfte der Arbeiter dasselbe oder gar mehr als früher hergestellt wird. Rüstige Heere überflüssiger Arbeitnehmer sind das Ergebnis einer wilden, planlosen Rationalisierung. Planlos war sie schon deshalb, weil unterlassen wurde, den Arbeiter einzubeziehen.

Es ist wirtschaftlicher Unsinn, ja Selbstmord, Millionen von Menschen auszuschleiden, ihre Kaufkraft um 50 bis 60 Prozent zu droffeln (Arbeitslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen) und außerdem noch die Kaufkraft der Arbeitenden einzuzugeln.

Und doch stehen Konjunktur und Krise in ursächlichem, organischem Zusammenhang, ja, sie sind die eigentlichen Triebkräfte des Kapitalismus. Ohne sie hätte er keinen Daseinszweck. Denn nur in stetem Risiko, dem Spiel der freien Kräfte, Kampf aller gegen alle könnten sich angeblich Wagemut und Kühnheit und die sog. Führereigenschaften voll entfalten.

Zusammenfassend drängt sich nun ohne weiteres die Frage auf: müssen solche Krisen kommen? Wir können sie mit ja und auch mit nein beantworten. Mit „Ja“ deshalb, damit der Menschheit endlich doch der Widerstand der wilden, spekulativen kapitalistischen Wirtschaftsweise zum vollen Bewußtsein kommt. Mit einem „Nein“ können wir antworten in dem Augenblick, wo sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß den Erzeugnissen der Technik entsprechend die Arbeitszeit verkürzt werden muß und gleichzeitig durch Erhöhung der Reallohne die Massen in den Stand versetzt werden, alle Produkte zu konsumieren. Verhütet aber können solche Krisen nur werden, wenn das heutige privatkapitalistische System durch die planmäßige Bedarfsbedingungswirtschaft ersetzt sein wird. Dieser Erkenntnis den Weg zu bereiten, ist die Aufgabe jedes denkenden Arbeiters. R. Th.

Steinbleiser

Blitzblanke, unser Stein: Marmor soll geschliffen sein.

Fürs Café, den blanken Tisch — Wie darauf Champagner zischt!

Rosaroter Marmelstein: Badezimmer, Damenbein!

Grauer Marmor, für die Treppe: Rischelraschel, Seidenschleppe!

Alles nimmt einmal ein End: Grabstein, kleine Kerze brennt!

Bist du arm? Bist du reich? Im Tode sind wir alle gleich.

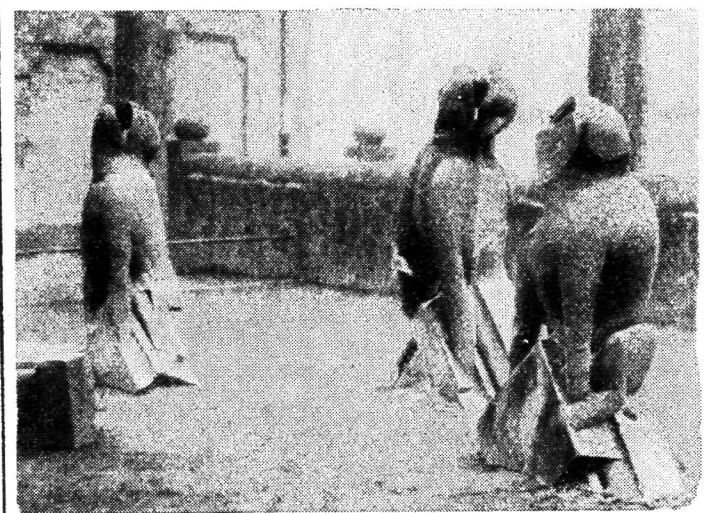
Alle werden wir abgeschliffen, Da hilft kein Zappeln und hilft kein Bitteln!

Der Steinmetz

Dies ist die Stadt. Dies ist der Fluß. Dies ist der Berg. Dies ist der Dom. Und auf dem grünen Rasen dort, neben dem Dom: da winden sich vor Schmerz und Freude die drei steinernen Ungeheuer, die Drachen, die Wassertiere, die Sechunde, die steinernen Lebenden. Die immer noch lebenden Bildwerke aus rotem Sandstein — und sind doch schon an die siebenhundert Jahre alt! Einst saßen diese steinernen Drachengeheuer oben am Dom, als Regenpeiser — jahrhundertlang haben sie verachtend auf die Welt geschaut — bis der ganze Dom in seiner Frühgotik rissig und springig ward, renoviert werden mußte, viele Teile mußten erneuert werden — manches ward weggegan, zerklüftet, gab Stein schutt; manches auch kam ins Museum — die drei Drachentiere aber kamen auf den grünen Rasen, da brüllten die roten Steinleiber immer noch ihre Freude und ihr Leid in die Welt — und haben doch schon sieben Jahrhunderte auf dem grünemoosten steinernen Buckel! Denkmäler sind sie — Sprachmäler — Zeichnmäler — sie deuten den Menschen aus der Zeit der Frühgotik, da alles in

Erneuerung austreibe: sich unterm Glanz der Sonne in der Kreuzblume des Domes zu einen — in blauer Luft ein geintees Menschen-tum zu symbolisieren! 's ist lange her — und doch war's ein Vorspiel unserer Zeit, wo wiederum alles zum Sozialismus, zur roten Blüte der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit treibt! Alles kehrt wieder — erneut und schöner. Geistig verfällt nichts — alles ist Entwicklung.

Ja, die drei steinernen Regenpeiser — da stehen sie — und fühlen wir aus ihren steinernen Körpern heraus nicht das Leben



ihres Gestalters — des Steinmetzen aus der Zeit um Anno 1200? Wie war's? Der Steinmetz damals war Handwerker und Künstler zugleich. Da liegen drei rote Sandsteinblöcke — Steinmetz, mach dich an die Arbeit, hier sind die Ausmaße, drei Regenpeiser sollen werden — wie du sie gestaltest, das ist deine Sache. Keine Schablone, kein Vorbild, keine Zeichnung des Architekten — gestalte dich selber in Stein, du Bildhauer der Gotik! Und der Meißel tanzt — und der Schlägel singt, und die Steinsplitter saulen gleich schwirrenden Bienen — Schlag um Schlag, wie die Schläge des Herzens — das Abbild des Innenlebens wird durch die Hand

unseres Steinmetzen Monumental, Denkmal — oben hinauf an den Dom!

Das steinerne Ungeheuer, da: es krümmt sich vor Schmerz — hier hat unser Freund Steinmetz den Lebensschmerz gestaltet, an dem jeder Mensch zu seiner Vervollkommenheit leidet und leiden muß. Aber dort, bitte: schaut hin — das andre Ungeheuer, das ist der Gegenlag zum Schmerz — dort brüllt die Freude, der Jubel des heißpulsenden Lebens, das Glück vom Sein — wir sind, wir wirken, wir wirken, stark sind wir — als Augenblick sind wir die Träger des blauen Weltenshogens — jubele, o schönes Leben! Und das dritte Steinungeheuer, was sagt es uns? Hier wirkt die bewußte Kraft — der Kampf — alles Leben muß Kampf sein, wenn es nicht vorzeitig zerfallen soll. Wie sich das Bild unseres Freundes Steinmetz hier kraftbewußt auf die starken Beine stemmt, der Kopf schief: dem Feinde zugewandt, bereit zum Biß! Wehre dich, kämpfe, nur das Starke dauert! Steinmetz, Bruder du aus dem Zeitalter der Gotik, du lebst noch heute — hier vor uns, in deinem Werk. Alles zwar nur rohe primitive Kunst — aber was das eigentliche Wesen der Kunst ausmacht, das brennt uns hier entgegen — die Gestaltung des Gefühls heraus aus dem heißpulsenden Herzen eines Menschen. Wirkliche Kunst ist immer lebend — über das Jahrtausend hinaus. Schaut mal da oben auf den Dom hinauf — die neuen Regenpeiser, aus Beton, fein ausziseliert, am Zeichenlich eines modernen Akademikers erforschen, vom Lohnarbeiter nach vorliegender Zeichnung ausgemerkelt: in Fallschtein, in Zementstein, in Beton — und wie wirken sie, diese modernen Betontiere da oben am Dom? Wie sie wirken — gar nicht wirken sie, tot sind sie — nicht das Herz des Steinmetzen lebt darin, er durfte nicht gestalten wie er hätte können und mögen — er mußte gestalten: wie er sollte — das „wollte“ fehlte — und es ward nichts. Kunst ließ sich nach niemals befehlen, auch nicht erfinden und ertüfeln — Kunst muß erlebt sein, brennen muß sie, flammen: so wie die drei frühgotischen Drachentiere da auf dem grünen Rasen vor uns.

Fremde kommen — Fremde gehen. Sie betrachten den Dom. Aber alle schauen sie auch auf die drei rotgrünen Regenpeiser — und wenn du selber auf das Antlitz der Fremden schaut — dann siehst du kein Antlitz, das nicht von der Gestaltungskraft der Steinmetzen aus Anno 1200 berührt wäre — alle fühlen das hier — ja: hier spricht ein Großer aus Stein. Und war doch nur ein bescheidener einfacher Mensch — der Bruder Steinmetz, vielleicht groß um seiner Bescheidenheit willen — das Einfache ist immer das Gewaltige! Mag Dortu.

In einer Welt, in der alles schwankt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

Unterhaltungsbrocken

Seid Blühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgestandenes Naß, das jeden anekelt; seid keine Philister

Der Schneeball und das böse Wort. Sie wachsen, wie sie rollen fort. Eine Sandvögel wirft zum Tor heraus. Ein Berg wird's vor des Nachbarn Haus.

Es ist nicht wahr!

Es ist nicht wahr, daß die Tarife an allem schuld sind, wie man spricht. Laßt euch nicht bluffen, Arbeitsbrüder! Und glaubt den plumpen Schwindel nicht!

Wahr ist, daß heut' noch Aktionäre in Bädern und auf Balken lungern, und eure Frauen, eure Kinder trotz der „hohen“ Löhne hungern.

Wahr ist, daß sie Profite machen wie ehemals, auf eure Kosten, und wenn es „notdurft“, euch entlassen, ganz gleich, ob die Maschinen kosten.

Wahr ist, daß sie auf eure Schultern allzeit die schwersten Lasten laden, und daß sie nie in ihrem Leben für euch etwas aus Liebe taten.

Um jeden Pfennig müßt ihr kämpfen! Und wehe, wer noch nicht versteht, daß dieser Kampf, den wir jetzt führen, für uns um Sein und Nichtsein geht.

Drum, Brüder, Schwestern, schließt die Reihen! Wir sind Geschwister einer Zeit! Wahr ist, wir werden uns befreien! Nur Mut zum Kampf und Einigkeit!

E. Bttm.

Erlebnisse mit einem Zwanzigmarschein

Von Mark Twain ist die schöne Geschichte von dem Mann, der eine Einmillionpfundnote besaß, und da niemand sie ihm wechseln konnte, überall Kredit hatte und so herrlich und in Freuden lebte, ohne je etwas dafür zu bezahlen.

Wie gesagt, es ist eine schöne Geschichte, und als ich sie vor langen Jahren las, bedauerte ich nur, daß ich wohl nie dazu kommen würde, etwas Ähnliches zu erleben. Nun, ich brauche das nicht mehr zu bedauern. Ich habe eine ähnliche Geschichte erlebt. Nicht, daß ich plötzlich in den Besitz einer Einmillionpfundnote gekommen wäre, ein einfacher Zwanzigmarschein tat mir die gleichen Dienste. Gestern morgen erhielt ich ihn mit der Post. Ein schöner glatter Schein. Er war echt. Das bedarf keiner Frage, aber immerhin, es machte mir Spaß, ihn erst zu prüfen. Er war wirklich echt. Dann eilte ich davon, um ein paar kleine Einkäufe zu erledigen.

Zunächst kaufte ich mir eine Zeitung. Aber da begann schon mein Malheur. Die Zeitungsfrau konnte nicht wechseln. Ich legte ihr die Zeitung wieder hin, um mein Glück beim nächsten Stand zu versuchen, aber die Frau ließ das nicht zu. Bezahlen Sie ein anderes, sagte sie. Nun muß ich berichten, daß ich gerade an diesem Stand nie eine Zeitung gekauft hatte, trotzdem schenkte mir die Frau Vertrauen. Warum? Weil ich einen Zwanzigmarschein besaß. Ich war in ihren Augen ein Krösus, und ein Krösus ist reell. (Wenn sie sich da nur nicht täuscht.) Ich wollte die Sache jedoch gleich in Ordnung bringen und ließ mir an einer Obstbude in der Nähe ein Pfund Äpfel geben. Aber auch hier konnte man nicht wechseln, und wieder bat man mich, die Äpfel mitzunehmen und später zu bezahlen. Ich ging, die Zeitung in der Tasche und gemühtlich an einem Apfel fauend, zu einem Friseur. Aber wenn ich gehofft hatte, nun endlich Kleingeld zu bekommen, irrte ich mich. Da ich aber den Laden nicht verlassen wollte, ohne mit dem Friseur im reinen zu sein, bat ich ihn, mir doch die Haare, die er mir eben aus dem Gesicht geschält, wieder einzulegen. Ich kann nicht sagen, daß der Friseur Spaß verstand, aber daß er den Einweisungen losgeschickte zum Wechseln, gefiel mir auch nicht, denn wer mußte, wann der Junge wiederkam. Er kam wieder. Freilich, den Schein hatte auch er nicht gewechselt bekommen, so daß mich der Chef mit sauerlicher Miene bat, das nächstemal zu bezahlen.

Ich habe dann noch in ein paar Läden Einkäufe gemacht, und als ich alle Taschen voll hatte, ohne daß ich mein Geld klein bekommen hätte, suchte ich einen mir bekannten Goldschmied auf. Er war der Mann, der dem ungewechselten Schein, von dem mir nur noch eine geringe Summe gehörte, ein Ende machen sollte. Aber er zeigte mir die Ladentasse, in der sieben oder acht Mark ihr kümmerliches Dasein fristeten. Ein paar Reparaturen, das ist alles, was die Leute wollen. Oder mal ein bißchen ganz billigen Schmuck. Bei meinem Buchhändler, den ich nun aufsuchte, war es noch schlimmer. Auch der Metzger, bei dem ich mir gelegentlich ein Pfündchen Schmalz oder etwas Würst zu holen pflegte, konnte nicht wechseln. „Das bißchen Unterstützung, was die Leute kriegen, reicht ja gerade für Brot und Kartoffeln“, klagte er mir sein Leid. Damit hatte ich meinen Tip. Brot brauchen die Leute immer, also hin zum Bäcker. Und richtig, hier bekam ich meinen Schein gewechselt. Aber nicht, weil es dem Bäcker besser geht als seinen Kollegen, sondern nur, weil er zufällig das Geld für eine fällige Mehlrechnung liegen hatte.

Damit waren meine Erlebnisse mit einem Zwanzigmarschein zu Ende. Der Zwanzigmarschein übrigens auch. Aber während ich von Laden zu Laden zog, um die kleinen Verpflichtungen, die ich bei dem Verzuge, den Schein gewechselt zu bekommen, übernommen hatte, wieder loszuwerden, dachte ich darüber nach, wie klein doch die Verhältnisse geworden sind, in denen wir leben; denn mit einem einfachen Zwanzigmarschein habe ich das erlebt, wozu Mark Twain zu einer Zeit, als das Geld noch viel höher im Wert stand, noch eine Einmillionpfundnote bemühen mußte.

Erich Grijar.

Der Armen doktor

Die schmale Vorstadtstraße hat heute wieder mal ein Erlebnis. Und doch ist es nichts Besonderes. Nein. Einer ihrer Bewohner ist in den Seelen gestorben.

In den Seelen gestorben, nennen es die Weiber gewichtig und tadelnd es sich zu. Sie wissen nicht recht, was es bedeutet. So haben sie's von der Frau des Grüntramhändlers gehört, als sie sich die Marktkeise mit Kartoffeln und Rüben füllen ließen.

Arbeiter, von der Wohlfahrt unterstützt und viele Erwerbslose wohnen in der schmalen Straße, hören Leid und bescheidene Freuden des Nachbarn durch dünne Wände, wissen um jeden Nächsten Bescheid. Selten voller Anteilnahme, stets wißbegierig, sensationslüstern und nicht ohne Neid.

Nur Gassenbreite trennt sie vom Gegenüber. Sie haben es nicht schwer, sich gegenseitig in die Stuben zu schauen.

Es ist eine Straße — wie viele Straßen in der Welt — eine Straße ohne Sonntag, eine Gasse der Not.

In den Seelen gestorben...

Vor einigen Wochen traf es den Maurer im Eckhaus. Vom Gerüst gestürzt. Mit einem Schädelbruch heimgetragen.

Dieses Leid!

Die Frau und zwei kleine Kinder.

Nadaußen in der Kellerwirtschaft. Vorgeföhrt eine Hochzeit. Gestern eine Kindtaufe.

Das sind die kleinen Sensationen, mit denen man sich gern beschäftigt.

Und heute der Armen doktor! Der Armen doktor ist tot. Lieber Gott, jeder muß einmal sterben, der Handwerker auf dem Bau, bald wohl auch die blasse kleine Schneiderin dort drüben. Menschen der gleichen Gemeinschaft. Der Armen doktor rechnete nicht dazu.

Welchen Gewinn mochte er sich einmal versprochen haben, als er in die Alttagsgasse übersiedelte. Weil er sich die geräumigte Wohnung mietete, mißtraute man ihm. Lange Zeit.

Das ist lange her.

Er ist nicht wieder fortgezogen. Er ist geblieben. Und bald kannten ihn alle ringsum.

Zuerst kamen sie nur mit ihren Krankheiten zu ihm, dann auch mit ihrem Leid und wunderten sich ein wenig, daß er sie anhörte, daß er zu trösten und zu helfen verstand.

Er hatte doch nur so wenig Zeit.

Aber gleich.

Tag um Tag. Und die Nächte! Niemals hat einer vergeblich an der Schelle gezogen.

Sie haben sich nicht darum gekümmert, wer den Doktor dafür bezahlte.

Bitte, hier ist mein Krankenbuch. Hier der Schein.

Doch so selbstbewußt und so gewichtig durfte nicht jeder auftreten.

Wenn man erst wochenlang, Monate durch arbeitslos war... Vielleicht wollen sie ihn ein bißchen ehren, daß sie ihn den Armen doktor taufen.

Der ist gut.

Der hilft dir.

Von der Armen doktor selbst lebte, fragten sie nicht.

Und jetzt trugen sie ihn hinaus. In einem schmucklosen Sarg, wie es sich für die Alttagsgasse ziemte. Ohne Aufsehen. Der schwarze Wagen brauchte nicht lange vor der Tür zu halten. Und als er durch die Straße dahintrumpelte, über das schlechte Pflaster schütternd, standen auf einmal die Leute überall in den Türen. Kinder unterbrachen ihr Spiel und lehnten schon gegen die Mauern. Ein Mann zog zögernd, als ob er sich schämte, den Hut vom Kopf und blieb gleichfalls stehen.

Wie gut er doch war! sagte jemand. Unser Armen doktor! Und ein anderer nickte bedächtig.

Einer, der allen half und an sich niemals dachte. Einer, den man liebte, wenn man es auch, als er noch lebte, nicht verriet.

Eine Triumphfahrt ohne Gleichen, soweit die Alttagsgasse reichte... Mehr als jemand je erhoffen durfte, der ohne sich zu beklagen in den Seelen verstarb.

So etwas ist heute möglich!

Eine kurze Notiz in einer Düsseldorfer Zeitung bringt dieser Tage einen Bericht über die Verurteilung des Heilkundigen Bode, die einer Tragikomödie wenigstens für zweieinhalb Jahre einen gelegentlichen Riegel vorsetzt. Schon im Juli ist das gleiche Urteil einmal ergangen, aber mit der Freiheit, die nur dem wirklich Amoralischen anhaftet, hat der Verurteilte Revision eingelegt, die nun abgewiesen wurde. Wenn man sich ansieht, um was es sich bei diesem „vertrauenswürdigem Zeitgenossen“ gehandelt hat, dann begreift man immer weniger, wie es möglich ist, daß derartige Dinge geschehen können.

Zu Fall gebracht hat diesen falschen Jünger der Heilkunst ein nach § 218 verbotener Eingriff, den er an einer Frau angebracht auf deren dringende Bitte vornahm. Die Frau, die schwer herzleidend war, starb an den Folgen des Eingriffes unter den Händen des Bode. Dieser flüchtete, wurde aber in derselben Nacht verhaftet. Der bei ihm gefundene Instrumentenkasten war ekel-erregend verschmutzt, die einzelnen Geräte waren total unauber. Nach näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß Bode seine Bezeichnung, Kranke zu behandeln, aus einem Kurzus im Verbinde herleitete, den er vor dem Kriege einmal mitgemacht hatte, und daß er mit Hilfe eines einfachen Bergdrüsenpräparates bei seinen Patienten alle Krankheiten feststellte. Seit zwölf Jahren betrieb er bereits sein wahrscheinlich sehr ergiebiges Geschäft, das auch nicht dadurch beeinträchtigt worden war, daß Bode bereits vor und auch während seiner „legensreichen“ Tätigkeit mehrmals hinter Schloß und Riegel gefangen hatte; und zwar einmal wegen Diebstahls 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, und während seines Krankenbehandlungs-Gewerbes wiederholt wegen Abtreibung, Diebstahls sogar zeitweise im Zuchthaus.

Das alles konnte Bode nicht hindern, große Werbeformulare zu drucken, auf denen sich sein Bild befand; daneben pries er auf Werbeschildern ein Kräuteröl an, das bei allen Krankheiten „Wunder“ wirken sollte und das er mit 1 Mark für 10 Gramm, also mit 100 Mark pro Liter verkaufte. Nach einem zuverlässigen Bericht eines Gemeindeförsters, in dessen Bezirk sich Bode eine Zeitlang herumtrieb, soll er dort aus Kadavern Seife gefischt haben, die er wahrscheinlich nachher als Wundermittel unter die Leute brachte.

„Noch gut ist mir im Gedächtnis“, schreibt dieser Fortkbeamte, „wenn Bode mit seinem unaufrichtigen Gummikragen und dem Köfferchen, in dem er seine Holuspokusutensilien nachschleppte, zwischen den Bauern saß und sie mit Bier traktierte mit der nachfolgenden Bitte, bei Krankheitsfällen auch einmal an ihn zu denken. An einen meiner Waldarbeiter, der an Fallstich litt, drängte er sich heran und behauptete, das käme von einem Knochen, der dem Manne im Halse stecke. Als ihm eines Tages die Seifenfabrikation verboten wurde, weil sie einen derartigen Gestank entwiderte, daß die Gegend davon verpestet wurde, ließ sich Bode in einem nahegelegenen Ort als „praktischer Arzt“ nieder. Und tatsächlich hatte dieser Schmutzfink unter den Bauern der Gegend einen derartigen Zulauf, daß mancher tüchtige und bekannte Mediziner ihn hätte beneiden können.“

Soweit der Bericht des Försters. Muß denn überhaupt noch etwas hinzugefügt werden? Ein Segen wenigstens, daß diesem Unhold für einige Jahre gründlich das Handwerk gelegt ist. Daß keine noch so entehrende Bestrafung ihn allerdings hindern wird, sein schmutziges Gewerbe gleich wieder aufzunehmen, wenn er aus der Haft entlassen wird, das kann nur auf das tiefste bedauert werden. Angeht dieser Tatsache gibt es nur eines: Gefegliche Regelung der Heilbehandlung und Verbot aller Kurpfuscherei. Und der einzige Weg dazu ist: Aufhebung der Kurierfreiheit in Deutschland!

Symbolische Ortsnamen

Es gibt einige deutsche Ortsnamen, die gern als Symbol für irgendwelche Vorgänge des Menschenlebens genommen werden. So hat man z. B. im Schwäbischen die Redensart, daß ein Geiziger nicht von Webersheim sei; aber ein Fauler von Großbettlingen, der „verlorene Sohn“ sei ein Freiherr von Mädelberg und Frauenhofen, die jungen Mädeln seien gern von Schönau oder Rotwangen und wollen gern nach Mannheim, böse Weiber seien von Grein, Zanfenu und Hadersdorf und alte Männer von Glas oder Zwiefalten. Bekannt ist auch das Sprichwort, daß viele Wege nach Darßdorf und Mangelburg gehen. Die Bedeutung des Ritters von Eilenburg oder Wartenberg dürfte auch ohne Erläuterung verständlich sein. Schließlich sei noch die wenig schöne Redensart erwähnt, daß Menschen mit krummen Weinen aus Schivelbein stammen sollen.

Die rettende Soße

Si no e vero e ben trovato — das heißt: wenn's auch nicht wahr ist, ist's doch gut erfunden. Nun soll er niemand denken, meine Geschichte wäre nur erfunden, oh nein, es ist sogar mehr Wahres daran als umgekehrt. Zuerst will ich die wichtigsten Personen — die man kennen muß — anführen; es sind nicht viel. Da ist der kleine Kahl, seines Zeichens ein Steinmetz. Trotz seiner 30 Jahre hat er nur hinter den Ohren noch Haare und trotz seinem deutsch klingenden Namen ist er irgendwo aus der Slowakei eingewandert. Mit immer guter Laune und selten mit Geld versehen, war er mir ein lieber Kollege.

Wir beide hatten oft im Atelier des Bildhauers Redasch gearbeitet. Friedrich Redasch, 38 Jahr und unbeweiht, war — was seinen Lebenswandel anbetraf — tatsächlich ein Künstler.

Einmal hatten wir einen riesigen Block vor uns, drei Kubikmeter, sollte ein brüllender Elefant werden. Mit Kohle wurde angefreit, was der kleine Kahl wegstößen sollte. Ich rannte immer mit dem Zirkel um die Arbeit herum, um festzustellen, wieviel schon fehlte. Er hatte eben bißchen reichlich gestochen. Es ist auch kein brüllender Elefant draus geworden, sondern eine kleine Gruppe „Spielende Katzen“. (Sitzt zu sehen im Stadtmuseum für Kleinplastiken, steht auf dem Kamin Sims.) Also, der kleine Kahl und ich wollten nun den Bildhauer Redasch — 38 und unbeweiht — wieder einmal besuchen. Wir fanden die Ateliertür weit geöffnet — er ließ nur die Nebelschwaden seiner gerauchten Zigaretten abziehen. Von dem kleinen Kanonensofen konnte der Qualm auch nicht sein, denn im Ofen war kein Feuer, sondern nur der Widerschein eines winigen Feuerhens. Uebrigens hätte das jeder drei Pfund schwere Hund mit erhobener Hinterpfote ausgeblasen. Nachdem wir uns genügend darüber orientiert hatten, daß keiner mehr Geld hatte, schloß der Künstler die Tür, setzte sich auf den Kanonensofen und seufzte tiefstimmig: „Nun müssen wir auf ein Wunder warten.“

Um die Anwartschaft auf das Wunder zu vertürzen, nahm er irgendeine der an der Wand stehenden Grammophonplatten und legte sie auf den wurmzerfressenen Apparat, klemmte zwei Stifte ein und brachte so das Doppelsonnort zu Gehör. Es war der „Erzengel Gabriel“.

Als es plötzlich an der Tür klopfte, sagte Redasch nur: „Das Wunder“ und lugte durch den Briefkasten. Draußen stand der Geldbriestträger. Statt ihm sofort zu öffnen, interviewte er ihn in zweifelndem weinerlichem Ton — ob er sich nicht in der Tür geirrt hätte, ob er wirklich Geld für ihn hätte. Da der Geldbriestträger stehen blieb, schaltete Redasch das Licht an — obwohl es heller Tag war — und ließ das Wunder herein. Es war tatsächlich in Ordnung; Postanweisung über 13 Mark für Herrn Bildhauer Friedrich Redasch, Abender Bruno Filz, Niederoberraden. Der Briefträger bekam seinen Obolus und entwand. Nun kommt die Rehrseite. Nämlich die Rehrseite des Postabschnittes, denn da stand:

Lieber Vetter Friedrich! Anbei 13 Mark. Bitte schide mich zwei bar Zimmermannshosen von die größten Größen mit Jolli-Lochtasche an die Seite. Mußt sie hohlen bei „Berufsleistung Hohlweil Poststr. 11. Kosten 12 Mk. zusammen und schide sie postwendend an meiner Adresse für das andere kauf dir was. Mit Gruß dankend Bruno.

Der „Erzengel Gabriel“ war unterdessen unbeachtet allein abgelaufen. Redasch schien vor schweren Entschlüssen zu stehen. Wühlte nach er seinen Hut und sagte verklärten Gesichtes: „Der gute Vetter — in einer halben Stunde bin ich wieder da und der Schwand. Der kleine Kahl und ich vertrieben uns die Zeit mit weiterer Grammophonmißhandlung. Weil wir unmöglich drei Stifte nebeneinander klemmen konnten, hielten wir je noch einen Stift krampfhaft zwischen den Fingern und setzten ihn beliebig auf die Platte. Auf diese Weise hörten wir jedes Musikstück viermal zugleich. Es klang ähnlich wie die ersten Konzerteübungen der neuen Musik oder wie die ersten Rundfunkübertragungen. Als uns dies langweilig wurde, kam der Künstler zurück. Mit vollgepackten Armen und einem Mädchen. Das Mädchen stellte er uns als seine Freundin vor, und wir hatten keinen Grund, daran zu zweifeln. Sie schien sehr häuslich zu sein, widerte die Pakete auf und machte sich am Spiritusofen zu schäffeln. Ich war absolut nicht erschüttert, unter den ausgepackten Paketen keine Zimmermannshosen zu finden, dagegen lagen andere erfreuliche Sachen da. Eine Flasche Rum, Kuchen, Zigaretten und ein schönes buntgemustertes Badetuch.

„Junge, Junge“, sag ich, „hast du dir das als Tisch Tuch für das lukullische Naß gedacht?“ Der Künstler erklärte stolz: „Anfänglich hab ich mir schon lange gewünscht, sowas, hab's vorläufig nur angefaßt. Und was die Hosen betrifft — weißt du — die wollte ich auf Kredit nehmen, aber der Kerl sagte — er würde mich zu wenig kennen — ich denke mir natürlich, er kennt mich schon zu genau. Sag, ist das nicht anständig von meinem Vetter, mir Geld für Hosen zu schiden?“ Ich fand es natürlich auch sehr anständig.

Und zu seiner Freundin sagte der Künstler: Kind, jetzt brauchst du uns einen Grog, aber Gnade dir, wenn ein Tropfen Wasser dabei ist.

Ehe der Rum ganz alle wurde, schrieb der Künstler einen Brief an seinen Vetter, „die größten Hosengrößen sind alle, auch waren da die Taschen für den JolliLocht vor; wenn das Vetter besser wird, schreib ich dir wieder. Gruß Friedrich.“ Dann haben wir alle unterschrieben — der kleine Kahl, der immer so reichlich gestochen hat und ich und das Mädchen, die uns den guten Grog gebracht. Walter Liebers.

Wissenswertes

Gebirge im Meer

Gewöhnlich stellt man sich das Meer als große, tiefe Mulde vor, die an den Rändern am flachsten und in der Mitte am tiefsten sei. Die Tiefe des Meeres wechselt aber außerordentlich stark, und wir können beinahe von Gebirgen auf dem Meeresgrund sprechen. Die Inseln sind gewissermaßen Berggipfel, die aus dem Wasser herausragen. Andere „Berge“ sind nicht so hoch, daß ihre Spitzen die Oberfläche des Wassers erreichen. Sie liegen als tückische Sand- oder Felsbänke im Meer und sind eine Gefahr für die Schifffahrt. Natürlich sind diese Berggipfel, die Inseln und die Sand- und Felsbänke unter dem Meerespiegel soweit wie irgendmöglich in die Seekarten eingetragen, damit Schiffe nicht in Konflikt mit den „Gebirgen im Meer“ geraten.

Was alles behauptet wird...

Ein Gegner des amerikanischen Alkoholverbotes hatte einmal behauptet, daß es in Amerika auf jedem Quadratzoll zehnmal mehr Trunkenheit gebe als auf einer Quadratmeile in Kanada, das kein Alkoholverbot hat. Ein kanadischer Humorist fertigte den Mann sehr fein ab. Er rechnete nämlich nach und kam zu dem Ergebnis, daß — falls die Behauptung des Verbotsgegners stimmen sollte — jeder der 120 Millionen Einwohner der Vereinigten Staaten, also einschließlich der Kinder, der Frauen und der Greise, sich im Laufe eines Jahres „nur“ 81 869 940 mal betrinken müßte! Man sieht, man muß mit Vergleichen aus der Mathematik recht vorsichtig sein, wenn man nicht als Aufschneider gelten will!